

Bezugspreis:

Vom 14. - 20. Oktober 50 Millionen M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 14. - 20. Oktober für Deutschland, Danzig, Saar- und Weimergebiete sowie Österreich u. Böhmen 50 Millionen für das übrige Ausland 40 Millionen Postbezugspreis einschließlich d.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingärten“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigen-Grundpreise: Die einseitige Kompositionelle 400 Mark, Restzahlung 2000 Mark. Kleine Anzeigen das fertige Blatt 100 Mark (zweiwöchig zwei fertige Blätter) jedes weitere Blatt 50 Mark. Stellenangebote das erste Blatt 50 Mark, jedes weitere Blatt 30 Mark. Briefe über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zelle 40 Mark. Alle Grundpreise mal Schließjahr kurzzeit 600 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schließzeit von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 18. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktions-Gesellschaft, Postfachkonto Lindenstraße 3

Verschärfung des Konflikts in Sachsen.

General v. Müller fordert Erklärungen. — Die Regierung verweigert sie.

In Sachsen brennt! Warum? Der Kommunist Böttcher hat am 13. Oktober in einer Leipziger Versammlung eine Rede gehalten, von der wir ohne weiteres unterstellen, daß sie sehr töricht gewesen ist. Böttcher ist nämlich erst seit ein paar Tagen sächsischer Finanzminister und hat wahrscheinlich noch nicht begriffen, daß es zweierlei ist, großartige Reden zu halten und verantwortliche Politik zu treiben.

Die „Leipziger Volkszeitung“ hat diese kommunistische Ministerrede offenbar richtig gewürdigt, indem sie über sie überhaupt nicht berichtete.

Jedoch erhielt der in Sachsen regierende General v. Müller einen Bericht über diese Rede und war über ihn sehr aufgeregt. Was tat er? Er hätte der sächsischen Regierung im Vertrauen mitteilen können, daß er derartige Reden für schädlich halte und bitte, sie in Zukunft zu unterlassen. Hätte der General so gehandelt, so wäre das von seinem Standpunkt aus immer noch verständlich gewesen.

Aber nein! Der General schickte an den Ministerpräsidenten einen feierlichen Schreibebrief, in dem er die sächsische Regierung aufforderte, innerhalb einer kurz bemessenen Frist von der Rede Böttchers öffentlich abzurücken. Hat der General geglaubt, die sächsische Regierung werde dieser Aufforderung Folge leisten? Dann hat er von politischen Möglichkeiten gar keine Vorstellung, und beweist damit, daß er nicht geeignet ist, sich mit politischen Dingen zu befassen. Hat er das aber nicht geglaubt und die inzwischen erfolgte ablehnende Erklärung der sächsischen Regierung vorausgesehen, dann hat er offenbar in der Absicht gehandelt, die Sache in Sachsen „zum Klappen zu bringen“.

Heute läuft das Ultimatum ab. Was wird nun der General tun? Und wird er auf eigene Faust handeln oder nach Instruktionen, die ihm von Berlin aus erteilt worden sind?

Jedenfalls ist der Reichswehrminister für die Taten des Generals verantwortlich. Der Reichswehrminister gehört seiner Regierung an, in der auch Sozialdemokraten sitzen. Weiß der General in Dresden, was er tut, weiß er, daß seine Handlungen auch die Reichspolitik in entscheidender Weise beeinflussen können?

In München hat sich der Generalstaatskommissar v. Kahr als Monarchist, als Plahhalter des bayerischen Thronpräsidenten, als geschworener Gegner der Weimarer Verfassung rednerisch betätigt. Demokratie ist für ihn „Herrschaft der Masse“, die „rückwärtslos niedergelämpft“ werden muß. Hat Herr v. Koffow auch an die bayerische Regierung ein befristetes Ultimatum gestellt mit der Aufforderung, von diesen rednerischen Entgleisungen des Generalstaatskommissars öffentlich abzurücken?

Die Stunde fordert eine offene Sprache. Es ist kein Geheimnis, daß es in der Sozialdemokratischen Partei zweierlei Meinungen gibt, nicht nur über die Koalition mit Bürgerlichen, sondern auch über die mit Kommunisten. Aber es gibt hier nur einerlei Meinung darüber, daß es die bürgerlichen Parteien des sächsischen Landtages waren, die den Kommunisten zu wachsendem Einfluß verhalfen, indem sie mit diesen im Bunde ein paar Tage nach Beginn der Ruhrbefehle die Regierung Buk-Lipinski stürzten. Seitdem haben sich die Dinge zugespitzt, sie erfuhren schließlich durch die Vorgänge in Bayern eine äußerste Verschärfung. In München wurde „der Marsch nach Berlin“ durch Thüringen und Sachsen hindurch zum geläufigen Schlagwort. Der sächsischen und thüringischen Arbeiterschaft bemächtigte sich der Gedanke, daß es ihre Aufgabe sei, gegen den angekündigten Vormarsch eines undurchdringlichen Walls zu stehen. Die Kommunisten bekehrten sich unter dem Druck dieser Massenstimmung zum Ministerialismus, und so kam es zu ihrem Eintritt in die Regierung. Das war ein bedenkliches, aber nach Lage der Dinge kaum vermeidbares Experiment.

Was hat das Reich getan, um dieser Entwicklung vorzubeugen? Zeigte es, daß es gegen die bayerische Gefahr gewappnet war, so gewann es auch in Sachsen und Thüringen Autorität. Aber in Bayern geschah nichts!

In Westsachsen herrschen unerfreuliche Zustände. Unternehmer sind mißhandelt worden, Plünderungen sind vorgekommen. Die grauenvollste Not macht solche Erscheinungen begreiflich, dennoch müssen sie bekämpft werden. Die Regierung Zeigner — damals noch ohne Kommunisten — ist auch gegen sie eingeschritten, es ist Blut geflossen, und die sächsische Kommunistenpresse hat verkündet, Zeigner habe sich schuldig vor die Kassenstränge der Kapitalisten gestellt.

Auch die sozialdemokratisch-kommunistische Regierung muß sich „schühend vor die Kassenstränge der Ka-

pitalisten stellen“, wenn man den Schutz des Eigentums, das Einschreiten gegen Plünderungen und Gewalttätigkeiten so nennen will, und wir zweifeln nicht daran, daß sie diese Aufgabe auch erfüllt hätte — wäre man nur klug genug gewesen, ihr dazu Zeit zu lassen. Durch den Belagerungsstand, die Unterstellung der Polizei unter die Militärregierung hat man den Kommunisten die Pflichten des Militärs und der Mitverantwortung in ihrem bittersten Teil erspart.

Wir wiederholen, daß in Sachsen die Möglichkeiten einer Verständigung durchaus gegeben sind. Die sächsische Regierung erkennt grundsätzlich die Reichsautorität an. Sie leugnet nicht die Pflicht, die Verfassung zu schützen, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, sie bekennt sich vielmehr zu ihr. Das Reich muß zeigen, daß es die Verständigung will, es darf nicht einem militärischen Befehlshaber gestatten, alle Möglichkeiten zu ihr zu verschütten.

Das ganze Vorgehen gegen Sachsen trägt jedoch die Tüge trampartiger Ueberhebung und leidenschaftlichen Unüberlegtheit. Es sieht damit in tristem Gegensatz zu der himmlischen Geduld, mit der man die Vorgänge in Bayern bisher behandelt hat. Man erreicht damit, daß jene Massen, die die härtesten Anhänger des Reichsgedankens sind, am Reich zu verzweifeln beginnen und gegen dieses für einen Bundesstaat Partei nehmen, der nach ihrer Ueberzeugung in ungeduldrer und parteilicher Weise mit der Reichsregierung bedroht wird.

Und man erreicht damit noch mehr. Man erreicht damit, daß sich mit jedem Tag die Zahl der Sozialdemokraten vermehrt, die sich fragen, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Leitung der Reichsgeschäfte möglich sein wird. Zu denen, die sich in den letzten Tagen immer wieder diese Frage vorlegen, gehören nicht nur jene Parteigenossen, die von Anfang an von einem Wiedereintritt in die Regierung nichts wissen wollten, sondern auch solche, die sich für ihn mit aller Entschiedenheit einsetzten.

Recht liegt uns ferner, als mit Gedanken zu spielen, deren Verwirklichung für unser ganzes Volk und seine arbeitenden Massen noch viel schlimmeres Unheil bringen könnte, als alles schon erlebte! Aber gerade, wenn solches Unheil verhindert werden soll, ist es notwendig, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, daß man der Sozialdemokratischen Partei nicht zumuten darf, sie solle Dinge bedenken, die sie durchaus nicht bedenken kann. Es ist ein niederdrückender Gedanke, daß das Schicksal des Reichs möglicherweise davon abhängt, was der General v. Müller heute tun wird.

Der Brief des Generals.

Dresden, 17. Oktober. (M.L.B.) Das Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreises IV an den Ministerpräsidenten Dr. Zeigner vom 17. d. M. hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Nach der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ Nr. 234 vom 15. d. M. hat der Minister Böttcher am 13. Oktober in der von der SPD. einberufenen Versammlung im Zoologischen Garten in Leipzig Ausführungen gemacht, die besagen, die Koalitionsregierung habe hantiert. Es gebe noch dieser Entwicklung, in der wir stehen, eine weiße oder eine rote Diktatur. Das Proletariat müsse sofort bewaffnet werden. Die Massenorgane des Proletariats seien die Träger des proletarischen Befreiungskampfes. Die proletarischen Hunderttausenden, Kontrollausschüsse, Betriebsräte, alles das, was sich die Arbeiterklasse geschaffen und gebildet habe in langem Kampfe, das seien Organe, mit denen das Proletariat heute seinen Kampf führen müsse.

Seine Ausführungen haben folgende Resolution zur Folge gehabt:

„Die am 13. Oktober im Zoologischen Garten versammelten 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen protestieren entrüstet gegen das Verbot der Hunderttausenden und Aktionsausschüsse durch den General Müller. Sie sind gewillt, nun erst recht alle Kampfmittel auszubauen. Gleichzeitig erklären sie, mit allen Mitteln den Kampf um die mit dem Ermächtigungsgesetz geplante Diktatur Einnes über die Arbeiterklasse unumgänglich zu machen und jede Maßnahme der sächsischen Regierung, die dem Interesse des Proletariats diene, sofort durchzuführen.“

Damit ist durch den Minister Böttcher eine offene Kampfanzeige gegen die Maßnahmen der Reichsregierung ausgesprochen und in der Resolution veranlaßt worden. Die Aufforderung zur Bewaffnung ist gleichbedeutend mit dem Aufruf zum bewaffneten Kampf. Diese Rede stellt sich als ein Verstoß gegen die von mir auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 26. September erlassenen Verfügungen dar. Ich habe bei allen meinen bisherigen Maßnahmen die

Mitarbeit der sächsischen Regierung zur Boraussetzung genommen. Für ihre Fortführung bitte ich Sie, Herr Ministerpräsident, zu den Ausführungen des Ministers Böttcher Stellung zu nehmen und mir bis zum 18. Oktober, 11 Uhr vormittags, unabweisend auszusprechen, ob sich das Gesamtministerium im Geiste und dem Wortlaut nach mit den Ausführungen des Ministers Böttcher einverstanden erklärt und in diesem Sinne die Regierung weiter führen will, oder ob es entgegen den Äußerungen des Ministers Böttcher gewillt ist, nach meinen Weisungen zu handeln? Für den letzteren Fall muß ich, um ein klares Verhältnis zu schaffen, fordern, daß die sächsische Regierung die mir gegebene Erklärung dem Wortlaut nach in der Presse veröffentlicht. Ferner bitte ich um Angabe, welche Maßnahme die Regierung zu ergreifen gedenkt, um einer Wiederholung derartiger Entgleisungen, wie sie die Rede des Ministers Böttcher zweifellos darstellt, für die Zukunft vorzubeugen.

Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung gez. Müller, Generalleutnant.

Die Debatte im Landtag.

Dresden, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Im sächsischen Landtag wurde am Mittwoch die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt. Diese Fortsetzung bewegte sich fast ausschließlich in polemischen Bahnen und im persönlichen Kampfe gegen den Ministerpräsidenten Genossen Dr. Zeigner. Im Verlauf der Debatte bezeichnete Zeigner die von den bürgerlichen Rednern über ihn verbreiteten Dinge als Unsinn und weist es entschieden zurück, daß ihn die Gegner der Unwahrscheinlichkeit bezüchtigen. In der Regierungserklärung werde ausdrücklich festgestellt, daß die beiden kommunistischen Minister den Eid auf die Verfassung geleistet haben. Er stelle das Protokoll gern zur Verfügung. Gegenüber den Abwegungen einer Diktatur des Großkapitals durch bürgerliche Diskussionsredner stellt der Ministerpräsident fest, daß Sines 30 Unternehmungen im Ausland bestünde und in weiteren 245 Unternehmungen das Uebergewicht hat. Reich ungeheuren Reichtum dieser Industriefaktoren besitzt, beweist, daß er die Kosten für die gesamte illegale Reichswehr bestreite. Wie haben heute eine kaum noch verhältliche Diktatur des Militärs und des Großkapitals. Der sächsische Regierung ist heute ein Schreiben des Generals Müller zugegangen, in dem unter Hinweis auf die Rede des Ministers Böttcher in Leipzig eine ungewöhnliche Erklärung darüber verlangt wird, ob die Regierung mit dem Geiste und dem Wortlaut der Böttcher'schen Ausführung einverstanden ist oder ob die Regierung gewillt ist, nach seinen Weisungen zu handeln. (Lebhaftes Hören, hört links. Sehr richtig! rechts.) Sie müssen wissen, daß die Regierung nicht dem Militärbefehlshaber verantwortlich ist, sondern der Militärbefehlshaber der Regierung. Der General Müller hat eine Erklärung zur Unterfertigung beigefügt des Inhalts, daß Böttcher's Rede als eine Entgegnung bezichtigt wird. (Hört, hört!) Das alles geschieht im Auftrage eines demokratischen Ministers. Wenn die Parlamente sich solche Dinge gefallen lassen, dürfen sie sich nicht wundern, wenn man den Parlamenten in Deutschland immer mehr jede Bedeutung abspricht. Die Regierung ist nur dem Landtage verantwortlich. Die nächsten, die man mundtot machen wird, sind Sie, die Demokraten, selbst.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung, in der auch die Minister Graupe und Hecker das Wort nahmen, erwiesen sich die Demokraten als eifrige Verfechter des Belagerungsstandes. Am Schlusse der Sitzung gab der Ministerpräsident eine Regierungserklärung ab, in der es u. a. heißt: „Das Reich war gezwungen, den Ausnahmezustand zu verhängen. In allen offiziellen Mitteilungen aus Berlin wurde darauf hingewiesen, daß das Reich so verfahren mußte, um gegenüber Bayern Herr der Situation bleiben zu können. Herr v. Koffow ist nicht gegen den verfassungswidrigen Generalstaatskommissar eingeschritten, er ordnet sich ihm unter. Mit Behagen konstatiert die Münchener offiziöse Presse: Wir haben die größere Macht, nicht das Reich. Herr Dr. v. Kahr aber handelt gegen das Reich, gegen Reich und Verfassung. Ganz Bayern ist ein Heerlager. In Bayern wird die Steuerfabrikation organisiert. Bayern regelt die Lebensmittelversorgung selbständig und schließt sich gegenüber dem Reiche ab. Es verhindert die Fortführung der in Rürnberg liegenden, dem Reiche gehörenden Goldbestände. Bayern organisiert den Kampf gegen das Reich. Warum handelt das Reich nicht? Wir leben ja, daß das Reich an anderen Stellen handeln kann, hier in Sachsen und in anderen Teilen des Reiches. Die erste Verordnung des sächsischen Wehrkreisleiters enthält die Erklärung, daß die Regierungen in Wirksamkeit bleiben. Schon diese Erklärung mußte befremden. War denn der Ausnahmezustand etwa verhängt, um Regierungen zu stürzen? Am 20. September wurde mitgeteilt, daß das Wehrkreiskommando dem Reichswehrminister zum Einschreiten veranlassen wolle, falls hier im Landtag die Interventionen über die Beziehungen zwischen Reichswehr und illegalen Organisationen zur Sprache gebracht würden. In einem Schreiben vom 9. Oktober kündigt das Wehrkreiskommando an, daß es Vertreter der sächsischen Regierung künftighin zu vertraulichen Besprechungen nicht mehr empfangen könne. Wir sind nicht dem Wehrkreiskommando Rechenschaft schuldig, weder für amtliche noch für private Äußerungen eines unserer Mitglieder. Noch haben wir



nicht die Militärdiktatur als legale Einrichtung, noch ist Sachsen ein parlamentarisch regierter Staat. Für amtliche Neuerungen sind wir Ihnen, nicht dem Generalleutnant Müller Rede und Antwort schuldig. Herr Generalleutnant Müller schreibt, er habe bisher die Mitarbeit der sächsischen Regierung als Voraussetzung genommen, für ihre Fortführung müsse er um unabweisbare Erklärungen der Regierung bis morgen früh bitten, und er fordert, daß die sächsische Regierung die ihm zu gebende Erklärung im Wortlaut in der Presse veröffentlichen. Er verlangt sogar Maßnahmen der Regierung gegen Reden ihrer Mitglieder. Gegenüber diesen rechts- und verfassungswidrigen Drohungen des Generalleutnants Müller erklärte ich für die sächsische Regierung: Wir lehnen es ab, ihm Antwort zu geben. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung, wir werden verfassungsmäßige Anordnungen einer über uns stehenden Reichsbehörde ausführen. Für den Fall aber, daß der Generalleutnant Müller diese Unbedeutungen wahr machen sollte, daß er die Fortführung der Mitarbeit der sächsischen Regierung nur gestatten werde, falls wir ihm Rede und Antwort geben, für diesen Fall erkläre ich schon jetzt: Herr General Müller scheint nicht zu wissen, daß er im Bereich des Rechts und der Verfassung zu verfallen. Wir warnen. Aber wir warnen nicht nur, wir fordern auch von der Reichsregierung, daß endlich gegen ein so unwürdiges Verhalten durchgegriffen und eingeschritten wird.

Schließlich wurde das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen die Regierung mit den sozialistisch-kommunistischen Stimmen gegen die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Bolffs Bureau meldet über die Sitzung des Landtags noch folgendes:

Am Schluß der Debatte fügte Ministerpräsident Dr. Zeigner in einer längeren Erklärung hinzu, er habe erfahren, daß gestern der bayerische Gesandte in Berlin der Reichsregierung eine Note übermittelt habe mit dem Inhalt, der sächsische Betriebsrätekongreß, der unter dem augenscheinlichen Schutz der sächsischen Regierung stattgefunden habe, bedeute einen feindlichen Akt gegen die bayerische Regierung. Sie frage an, welche Maßnahmen die Reichsregierung dagegen zu ergreifen gedenke.

Der Ministerpräsident fuhr fort: Wenn diese Kreise sich durchsetzen, dann gehört die deutsche Republik der Geschichte an. Warum handelt das Reich nicht? Es macht sich mitschuldig. Dem Wehrkreiskommando sind wir keine Rechenschaft schuldig. Auf die unzweifelhaft rechts- und verfassungswidrigen Drohungen des Wehrkreiskommandos werden wir überhaupt keine Antwort geben. (Beifall bei der Linken.) Verfassungsmäßige Anordnungen der Reichsregierung werden wir ausführen. Wir verlangen von der Reichsregierung, daß gegen General Müller eingeschritten wird. Wir erwarten von der Bevölkerung, daß sie sich geschlossen hinter die Regierung stellt.

Darauf wurde das deutschnationale Mißtrauensvotum gegen die Regierung Zeigner mit 48 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen 46 Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt.

Arbeitsminister Graupe, Finanzminister Böttcher und Wirtschaftsminister Hecker berufen gemeinsam für Sonntag vormittag eine Konferenz der Betriebsräte, Kontrollausschüsse, Ortsausschüsse der Gewerkschaften und der Konsumvereine nach Chemnitz ein. Sie wollen, wie sie ankündigen, gemeinsam mit den Vertretern der notleidenden Schichten alle Maßnahmen zur Linderung der Not sachverständig beraten.

Jum Reichsjustizkommissar für den Wehrkreis IV (Sachsen) ist nunmehr der Reichstagsabgeordnete Reiter, Zwickau, ernannt worden.

## Das thüringische Regierungsprogramm.

Weimar, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Namens der neugebildeten thüringischen Landesregierung gab in der Mittwochvormittags-Sitzung des thüringischen Landtages Staatsminister Frölich eine programmatische Erklärung folgenden Wortlaut ab:

Die neugebildete thüringische Regierung ist eine Regierung der republikanischen und proletarischen Verteidigung. In der gemeinsamen Lösung aller sozialistischen Richtungen. „Nieder mit dem Marxismus!“ ist das Signal zur endgültigen Niederwerfung und Verflüchtigung aller Werkstätten bereits gegeben, die ersten Schritte zu seiner Ausführung treten in Bayern wie im Reich sichtbar hervor. Der Ausnahmezustand im Reich, der nach der Angabe der Reichsregierung gegen die monarchistisch-faschistische Diktatur in Bayern gerichtet sein sollte, richtet sich in Wahrheit fast ausschließlich gegen das „rote Mitteldeutschland“.

Der erste und ausschlaggebende Schritt für eine effektive Eindämmung des drohenden wirtschaftlichen und finanziellen Zerfalls ist die Erfassung der Sachwerte durch das Reich, der zweite die Schaffung eines Außenhandelsmonopols nach russischem Muster. Für diese Maßnahmen wird sich die thüringische Regierung mit aller Energie einsetzen. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln muß gegen unbedingte Betriebsstillegungen eingeschritten und die Wiedereröffnung stillgelegter Betriebe ermöglicht werden. Die Rechte der Kontrollausschüsse in den Kreisen und Gemeinden werden im Rahmen der Reichsbestimmungen durch Verordnung festgelegt. Mit besonderer Energie wird die thüringische Regierung in der Geltendmachung ihres Einflusses auf die Reichspolitik und in ihrer eigenen thüringischen Politik alle Maßnahmen fördern, die auf Sicherstellung einer ausreichenden Unterstützung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter und eine zeitgemäße Erhöhung der Renten der Kriegsverletzten, Hinterbliebenen, Sozialrentner und Kleinrentner abzielen. Die inneren Schwierigkeiten zu meistern, glaubte die Reichsregierung, den militärischen Ausnahmezustand nötig zu haben. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Politik der militärischen Befehlshaber sich nicht im geringsten richtet gegen die offenen Feinde der Republik, sondern gegen ihre treuesten Verfechter, die klassenbewußte Arbeiterklasse. Demgegenüber erklärt die thüringische Regierung ihren festen Willen,

das Land Thüringen als einen Bestandteil der einheitlichen deutschen Republik

unter allen Umständen zu erhalten und ihre Politik auf die Sicherstellung der Existenz der werktätigen Bevölkerung und auf die entschlossene Abwehr der verfassungswidrigen Militärdiktatur einzusetzen. Die thüringische Regierung wird daher bestrebt sein, die Exekutivgewalt den Zivilbehörden des Landes wiederum zu übertragen. In diesem Bestreben wickelt sich die thüringische Arbeiterregierung eng verbunden mit der benachbarten sächsischen Arbeiterregierung. Sie rechnet auf die Unterstützung und opferbereite Mitarbeit aller unter der kapitalistischen Ausbeutungspolitik leidenden Schichten in ganz Deutschland und ihrer Organisationen. Um ihren Abwehrkampf erfolgreich führen zu können, wird sie den Staatsapparat energisch säubern und alle, die für die verfassungswidrige Diktatur des Großkapitalismus offen oder verdeckt sich betätigen, und alle nationalsozialistischen Geheimorganisationen, unter Zuhilfenahme der staatlichen Exekutive, aufs Schärfste bekämpfen. Die Polizeiorgane innerhalb des Landes werden verstaatlicht und unter die Leitung zuverlässiger republikanischer Beamter gestellt. Zum Schutz der Verfassung werden die in Bildung begriffenen republikanischen Kräfte wehren ausgebaut und neue geschaffen.

Die thüringische Regierung hat aber noch eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Thüringen ist Grenzland desjenigen deutschen

Gebietes, in dem die Gegner der Republik faktisch die Staatsgewalt besitzen. Es ist kein Geheimnis, daß jene Kreise sich bereits so stark fühlen, den „Marsch auf Berlin“ anzutreten, um von dort aus die „Herrschaft des Marxismus“ zu brechen. Die thüringische Regierung weiß, daß der Erfolg der Politik dieser Kreise den offenen blutigen Bürgerkrieg heraufbeschwören wird, der den Zerfall der Reichseinheit bedeutet. Sie erklärt deshalb mit aller Bestimmtheit, daß sie ihre weitere Aufgabe erblickt in der Erhaltung der Einheit des Reiches. Sie erklärt ausdrücklich, eine

Regierung der unüberbrücklichen Trennung zur Reichseinheit zu sein. Gestützt auf die Arbeiter und Angestellten, die Beamten und die Angehörigen der freien Berufe, der Kleinbauern und der versinkenden Mittelschichten will sie die Gefahren der großkapitalistischen Diktatur und ihrer Handlanger bannen. Wir stehen zur deutschen Republik und werden in enger Verbindung mit Sachsen und allen anderen noch existierenden Arbeiterregierungen einen festen Block bilden für die Einheit des Deutschen Reiches und für die Herstellung einer Arbeiterregierung in Deutschland.

## Der tapfere Kahr.

Er kann keine Russen leiden.

München, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Eine der ersten Anhaltungen v. Kahr's war die Entziehung der Aufenthaltserlaubnis für einige während des Sommers in Bad Nissingen weilende Russen. Nun erfährt man, daß es sich um die Auswanderung einer sogenannten „Bolschewitzengenerale in Bayern“ gehandelt hat, die u. a. in folgenden Personen verpackt war: Krestinski, Botschafter der Sowjetregierung in Berlin, Katsow, wirtschaftlicher Auslandsvertreter der Sowjetregierung; Steloff, Redakteur der „Ismestija“, Stuttska, Präsident des Reichsgerichts in Rostau, Alexander Jurupa, stellvertretender Präsident des Rats der Volkskommissare, ferner ein Dr. Eizin, Wostau und ein Herr Wadimir aus Chortoff. Alle diese Herren hatten Diplomatenaufweise, die das diplomatische Bismarck der deutschen Botschaft in Rostau und die Genehmigung der Berliner-Bayerischen Gesandtschaft trugen. In gewissen bayerischen Kreisen wird diese Handlungsweise des Gesandten Proger in Berlin als „unverantwortlich leichtfertig“ kritisiert. Dieselben Kreise regen sich auf über einen gewissen Ingenieur Agelrod, der in der Schweiz weilte und vor einigen Monaten als Hilfskonstrukteur in den Deutschen Werken, Filiale Ingolstadt, arbeitete. Da er ein näher Verwandter des aus der Münchener Rätezeit her bekannten Russen Agelrod ist, verlangt man seine Entlassung; eine Ueberflüssigkeit, da Herr Agelrod bereits vor einiger Zeit schon aus seiner Stellung in Ingolstadt ausgeschieden ist.

München, 17. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Volksgericht in Regensburg fand am 15. Oktober gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Parteiorgans für die Oberpfalz, der jetzt verbotenen „Volkswacht“, ein Strafverfahren wegen drei Verbrechen des Landesverrats und eines Vergehens gegen die bayerische Notverordnung vom Mai 1923 statt. Für die ganze Verhandlung, die vom Vormittag bis in die späten Nachstunden dauerte, war ein vollkommener Ausschluß der Öffentlichkeit verfügt. Der vom Rechtsanwalt Genossen Sängler verteidigte Redakteur Sturm wurde von sämtlichen Anklagen unter der Kostenaufhebung auf die Staatskasse freigesprochen. Interessant ist, daß die Beschuldigung auf Landesverrat u. a. wegen Veröffentlichung derselben Mitteilung über Waffenhandel erhoben worden war, wegen der seinerzeit die „Münchener Post“ für eine ganze Woche verboten wurde.

Vor dem Aschaffenburg Volksgericht stand unter Anklage der Redakteur des lokalen sozialistischen Organs, der „Volkzeitung“ Georg Dewald wegen verschiedener Veröffentlichungen, in denen u. a. in Verbindung mit Mitteilungen über den „Reichsmehrblock Rostbach“ ausgeführt war,

daß „in Bayern die Verbindung zwischen Reichswehr und Futzifischen so eng ist, daß es einer besonderen Organisation zu ihrer Pflege nicht bedarf“. Ferner war folgende Stelle aus einem Aufsatz „Bayern-Deutschlands Verhängnis“ inkriminiert: „Nach Franken ist heute nicht mehr die Schutzherrschaft der deutschen Republik gegen die bayerische Gefahr, weil die fränkischen Landespolizei zum Machtpotential ihrer nationalsozialistischen Führer geworden ist“; ferner in einem Aufsatz „Provokateure an der Arbeit“: „In einem tiefsten Wassengeschäft, so wird uns gemeldet, erhalten die Angehörigen der sogenannten Vaterländischen Verbände auf Grund ihres Mitgliedsausweises Waffen anstandslos ausgehändigt. Jedenfalls spukt hier wieder die Notpolizei des Herrn Schmeier, des beredten Schuppeneis der „Vaterländischen“, ein Beweis, wie sich die Zustände in der Ordnungszelle entwickelt haben.“

Ferner hätte der Angeklagte in Form von Anfragen Mitteilungen über den Ausbau rechtsradikaler Organisationen gemacht. Das Gericht lehnte eine Zeugenladung für die Urteilsfindung als unwesentlich ab, da „es nicht auf die Wahrheit oder Unwahrheit der einzelnen Behauptungen ankomme (sondern darauf, daß der Angeklagte sich bewußt sein mußte, daß die von ihm aufgestellten Behauptungen zur Kenntnis des Auslandes kommen und abträglich wirken könnten“. Auch fand gegen den Widerspruch der Verteidigung Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte wurde zu insgesamt 7 Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens verurteilt. Das Urteil hat weit über die Grenzen Aschaffenburgs hinaus großes Aufsehen erregt und dürfte, um im bayerischen Etke zu reden, zweifellos geeignet sein, „einzelne Teile der Bevölkerung gegeneinander zu verhetzen.“

## Nur gegen links!

München, 17. Oktober. (W.Z.) Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich: Durch die Verordnung des Generalstaatskommissariats vom 16. Oktober 1923 wird allen Personen, die in Bayern ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, die Zugehörigkeit zu einem Sicherheits- oder Selbstschutzbund oder ähnlichen Einrichtungen der vereinigten sozialdemokratischen oder der kommunistischen Partei auch außerhalb Bayerns verboten und die Teilnahme an Übungen, Veranstaltungen oder Zusammenkünften solcher Verbände oder Einrichtungen untersagt. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe in unbeschränkter Höhe erkannt werden.

## Der Vorstoß des Unternehmertums.

Die Berliner Gewerkschaften zur Abwehr.

Die Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltungen sämtlicher freigewerkschaftlichen Arbeiter, Angestellten und Beamtenorganisationen Groß-Berlins waren gestern Abend im Saalbau Friedrichshain versammelt, um zu dem Vorstoß der Unternehmer gegen die Arbeitsgemeinschaft Stellung zu nehmen.

Genosse Grafmann vom ADGB, führte als Referent etwa folgendes aus: Vor wenigen Stunden ist im Reichswirtschaftsrat die Kundgebung der Spitzenverbände zu Ende gegangen, die von grundlegender politischer und wirtschaftlicher Bedeutung sein wird. In der dort angenommenen Entscheidung ist alles das aus-

gesprochen, was wir zu tun gedenken. Wir müssen uns mit dem ganzen Verhältnissen, in denen wir leben, beschäftigen, um die wirtschaftliche Unternunft der Unternehmer begreifen zu können. Besonders schlecht sieht es in bezug auf Beschäftigungsmöglichkeit in Deutschland aus. In allen Berufsgruppen herrscht große Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit in grouen-haftem Umfang. Am meisten ist wohl die Textilindustrie von der Wirtschaftskrise betroffen. Und in dieser Zeit planen unsere Unternehmer ein

Attentat auf den Achtstundentag.

Dem Ausland gegenüber hat man erklärt, daß der Achtstundentag daran schuld sei, wenn die Produktion zurückgegangen ist. Wir aber wissen doch alle, daß die Produktivität gegenüber der Vorkriegszeit trotz damals längerer Arbeitszeit nicht wesentlich zurückgegangen ist. Die Unternehmer führen die Unrentabilität einzelner Betriebe auch darauf zurück, daß sie zuviel unproduktive Kräfte durchhalten müßten. Besonders waren ihnen stets die Demobilisationsbestimmungen ein Dorn im Auge. Verwerflich ist die in übermäßigem Umfang erfolgte Kartellbildung. Diese Kartelle sind für die Preisbildung tonangebend. In Deutschland sind die

Betriebe technisch, kaufmännisch und organisatorisch zurückgeblieben.

Es ist ein Unfug, für die traurigen Wirtschaftsverhältnisse die „hohen“ Löhne und den Achtstundentag verantwortlich zu machen. Der Arbeiter muß heute viel mehr Arbeitszeit aufwenden, um sich nur einigermaßen die Dinge zu kaufen, die ihm vor dem Kriege nur erstehen möglich waren. Heute beträgt der Lohn eines Vollarbeiters in Deutschland nur noch etwa 4 Goldmark. Wenn das Ausland mit seiner Konkurrenz wieder herovertritt, dann werden sowohl der Landwirtschaft wie der Industrie die Augen übergehen. Man wird dann vielleicht zu spät einsehen, wie man durch die Vernachlässigung der Produktionsmittel gegen das eigene Volk gesündigt hat. Unsere Aufgabe als Gewerkschaften wird es im Interesse einer Gesundung sein müssen, dafür zu sorgen, daß alle Kräfte dort verwendet werden, wo sie notwendig gebraucht werden. Stellenweise werden wir auch in unserem eigenen Interesse in eine vermehrte Arbeitsleistung einwilligen müssen. Etwas ist uns schon geholfen, wenn erst einmal über das indultreiche Herz Deutschlands

über das Ruhrgebiet Klarheit

befleht. Der Zustand, daß der eine Teil der Bevölkerung seine Waren in Goldmark kauft, während der andere Teil keine einzige Ware, die Arbeitskraft, in Papiergeld bezahlt erhält, ist unhaltbar. Der Staat muß daher eine stabile Währung schaffen. Die Goldnotenbank muß ein Anfang dazu sein. Wir werden die notwendigen Lebensmittel erst dann in die Städte bekommen, wenn dem Währungsverfall ein Damm entgegengeleitet werden kann. Mit Gewalt kann man von der Landwirtschaft nicht das Notwendige für die Städte herausbekommen. Die Vlesierungsmöglichkeit der Landwirtschaft muß vielmehr ausgenützt und garantiert werden. Dazu müssen die dazu fähigen Kreise unter Führung der Regierung herangezogen werden, wozu bereits früher einmal Anlässe gemacht worden sind. Gerade weil wir wollen, daß unsere Volkswirtschaft unvermindert erhalten bleibt, müssen wir zur

Rettung vor dem Verderben

zusammenstehen. Wir müssen in diesen entscheidenden Tagen weit mehr als bisher das Einigende in den Vordergrund treten lassen. Welt wir uns in dieser schweren Zeit den Luxus der politischen Streitigkeiten gelistet haben, darum war es den Unternehmern möglich, derartig gegen die Arbeiterschaft anzukämpfen. Grafmann schloß mit den Worten: „Wir müssen bedenken, was es hieße, wenn wir die Gewerkschaften in den kommenden Kämpfen nicht hätten.“ Das Referat wurde verschiedentlich lebhaft unterbrochen.

Nach einer fünfminütigen Debatte wurde eine Entschließung angenommen, die für den Fall eines bewaffneten Vorgehens gegen das sächsische und thüringische Proletariat die Proklamierung des Generalstreiks in Aussicht stellt.

## Hoesch bei Poincaré.

Paris, 17. Oktober. (W.Z.) Der deutsche Geschäftsführer des Reichsverbandes v. Hoesch wurde heute mittag vom Ministerpräsidenten Poincaré empfangen. Die Besprechung dauerte ungefähr dreiviertel Stunden.

Paris, 17. Oktober. (W.Z.) Die Unterredung des deutschen Geschäftsführers v. Hoesch mit Poincaré ist als der wichtigste und bedeutungsvollste Schritt anzusehen, der seit der Befreiung des Ruhrgebietes und wohl auch vorher zur Führungsnahme Deutschlands mit Frankreich unternommen wurde. Die Unterredung entspann sich in der Form einer Fortführung der kürzlich stattgefundenen ersten Aussprache, wobei der deutsche Vertreter auf die Einwände Poincarés wegen der Haltung Deutschlands im Ruhrgebiet erwiderte. Er hatte aus Berlin Instruktionen erhalten, die eine bis ins einzelne gehende Widerlegung gewisser französischer Behauptungen, u. a. der Behauptung gegen die Aushebung der Kohlensteuer ermöglichten. — Die deutsche Regierung erklärt, die Kohlensteuer aufgehoben zu haben, um die deutsche Industrie exportfähig zu machen, nicht aber um die Einnahmen Frankreichs im besetzten Gebiet zu unterbinden. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß ein Zusammenarbeiten der Besatzungsbehörden mit den Berliner Stellen zur vollen Wiederherstellung des Wirtschaftslebens an der Ruhr möglich und notwendig sei. Diese Darlegungen haben im wesentlichen den Inhalt der heutigen Unterredung gebildet. Ueber ihren Ausgang wird von beiden Seiten Stillschweigen bewahrt.

## In Brüssel . . .

Brüssel, 17. Oktober. (W.Z.) Der deutsche Geschäftsführer sprach heute im Ministerium des Auswärtigen vor, wo er dem Minister des Auswärtigen, Jseur, mitteilte, daß die deutsche Regierung den Eisenbahnern Weisung erteilt habe, die Arbeit wieder aufzunehmen. Er sagte hinzu, die wirtschaftliche Lage Deutschlands mache die Erhebung der Kohlensteuer unmöglich, und die deutsche Regierung würde die größten Schwierigkeiten haben, den Industriellen die Kohle zu bezahlen, die sie Belgien liefern würden. Der Minister antwortete, diese Zahlung gehe die deutschen Industriellen und ihre Regierung an, und Belgien werde die ihm gelieferte Kohle auf keinen Fall bezahlen.

## Russisch-französische Verhandlungen.

Paris, 17. Oktober. (W.Z.) Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der „Illustration“ berichtet über die Aufgaben, die der Präsident der russischen Staatsbank, Scheinmann, in Paris durchführen soll. Scheinmann wolle ein Abkommen schließen, um durch die französische Industrie die Zuckerindustrie in der Ukraine wiederherzustellen. Außerdem habe er die Absicht, 20 Millionen Rubel russischen Getreides zu verkaufen. Scheinmann juche auch eine Anleihe unterzubringen, die Rußland sehr notwendig habe; er werde hierfür das Versprechen geben, daß gewisse rückständige Zinsen der russischen Schuld bezahlt würden, die die Sowjetregierung bereit sei, anzuerkennen. Schließlich wolle Scheinmann auch 22 000 Karat Juwelen in furchtbringender Weise zum Verkauf bringen.

Dollar in New York: Geld 5, Brief 4,7 Milliarden Mark.



# Die Tagung der Spitzenverbände.

(Schluß des Berichts aus der Abendausgabe.)

Genosse Tarnow schilderte die Zunahme der unproduktiven Tätigkeiten. Der Handel habe in Verhältnis zur Produktion einen viel zu großen Umfang angenommen. Die Banken sind aufgebläht und die Behörden gebrauchen vermehrtes Personal, als Folge der ganzen Verhältnisse, die zum Leerlauf der Wirtschaft führen. Wieviel Karten werden heute gefaltet und wieviel Zeit wird verbraucht, das Papierfeld zu zählen! Die Aufstellung wäre jedoch falsch, wollten wir sagen, es seien noch viel weniger Arbeitskräfte in der Wirtschaft notwendig, noch geringere Arbeitszeit, wenn all diese unproduktive Arbeit nicht geleistet werde.

Die Wirtschaft soll nach den Regeln der wirtschaftlichen Vernunft geordnet werden. Sollten aber erst 20 000 Arbeitnehmer verunglücken, damit 40 000 beschäftigt werden können, dann zum Teufel mit dieser Wirtschaft! Anstatt der Auslösung von Arbeitskräften müsse ihre Umgruppierung erfolgen. Es gehe nicht an, diejenigen Arbeitskräfte dem Glend preiszugeben, die die Wirtschaft augenblicklich nicht zu benötigen glaube. Nach den Vorstellungen der Unternehmer sind nur die Arbeiter in ihrer Leistungsfähigkeit zurückgegangen und an dem Rückgang der Wirtschaft schuld. Diese Auffassung muß entschieden zurückgewiesen werden. Im Rahmen des Achtstundentages sind Arbeitskräfte genug vorhanden. In der Wirtschaft sind noch zahllose produktive Kraftquellen vorhanden, die brachliegen. Bedenke man die menschliche Arbeitskraft härter belastet, müssen diese natürlichen Kräfte in den Dienst der Produktion geleistet werden. Allein die Wirtschaft verfaßt heute, weil eine feste Währung fehlt. Notwendig ist die

## Zerschlagung der Preiskonventionen.

die Beseitigung des Lebensmittelwunders und die Wiederherstellung der Kaufkraft der breiten Massen. Bekommen wir jetzt eine neue Währung, dann muß sofort auch die Preis- und Lohnregelung auf eine gleichartige Wertbeständigkeit gebracht werden. Die Arbeitnehmererschaft ist heute nicht in der Lage, sich Brot, Kartoffeln und Kohlen zu beschaffen. Man muß eigentlich den Mut bewundern, mit dem die Regierung die Brotversorgung aufhebt.

Es kommt uns jedoch nicht darauf an, hier Vorwürfe gegen die Regierung zu erheben, aber die Frage muß denn doch beantwortet werden:

## Was gedenkt die Regierung zu tun?

Hier liegt eine Aufgabe für sie vor, die mit Hilfe der Industrie und der Landwirtschaft gelöst werden muß. Insbesondere der Ernährungsminister (Juruse: Unterrichtsminister) hat hier recht viel Arbeit. Es sei zu hoffen, daß weit mehr als in der Dessenität bekannt wird, was in seinem Ressort geschieht. Dennoch sei es gut, wenn in der Dessenität einmal bekannt wird, was der Ernährungsminister tut, um die Ernährungsnot zu beheben. Notwendig sei jedenfalls eine größere Aktivität auf diesem Gebiete. Auch für uns. Bei alledem gilt es, einen kühlen Kopf zu bewahren. Die Stimmung der Massen geht dahin: „Bleibe ein Ende mit Schrecken, als ein Schreden ohne Ende. Sollen wir langsam aber sicher verhungern oder alles zusammenschlagen, solange wir noch die Kraft haben?“ Es ist bequemer mit diesem Strom der Stimmung zu schwimmen, jedoch notwendig, sich ihm entgegenzustellen. Solange noch ein Funke von Hoffnung besteht, solange dürfen wir

## Die Hinte nicht ins Korn werfen.

Die bisherige Aktivität der Regierung hat sich leider nach einer anderen Richtung hin entwickelt. Sie will die sozialen Arbeitsrechte abschneiden gegen das Versprechen, nun auch die besitzenden Klassen zu belasten. Aber die wertbeständigen Steuern, die jetzt die Besitzenden endlich leisten sollen, und die wir Lohn- und Gehaltsempfänger schon seit Jahren leisten müssen, sind wirklich kein Opfer der Besitzenden. Keine Schicht der Bevölkerung bildet eine so treue Stütze der Republik und der Staatseinheit, als die Arbeiterschaft. Die Regierung möchte schon einmal Wert darauf legen, daß ihr diese Stütze erhalten bleibt. Genosse Tarnow erinnerte an die Sage, die der „Barmherzige“ am Montagabend in Erinnerung brachte: von der Hungersnot in einem großen Lande, der dessen Herrscher durch die Ankündigung begegnete, für jeden Armen, der im Lande verhungert, zehn von den Großen des Landes hängen zu lassen.

Es muß schon etwas Positives geschehen in der Belastung des Besitzes. Darum kommen wir nicht herum. Die Regierung muß nicht erst auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, sondern schon auf Grund der Verfassung das tun, was jetzt zu tun notwendig ist. (Beifälliger Beifall.)

## Finanz- und Währungsreform

Sprach als zweiter Referent der Vertreter des AFD-Bundes Otto Schaefer vom AFD. Er ging in längeren Ausführungen auf die Ursachen und Wirkungen des Währungsverfalls ein, wobei er betonte, daß die Gewerkschaften sich den außenpolitischen Einflüssen auf den Währungsverfall nicht verschließen, daß aber vor allem auch schwere Unterlassungsünden in der Innenpolitik zur Zerstörung der Währung beigetragen hätten. Neben der Kapitalflucht nach dem Ausland und auch im Inland selbst trage die Hauptlast die Finanzpolitik der letzten Zeit.

## Die katastrophale Auswirkung des Ruhrkampfes.

der vom ersten Tage an lediglich mit der Notepresse finanziert worden sei. Hätte man der Forderung der freien Gewerkschaften im Jahre 1921 nach Erfüllung der Sothverie stattgegeben, dann hätte der Währungsverfall niemals dieses Tempo und dieses Ausmaß erreicht. Dagegen sich mit den währungstechnischen Fragen zu befassen, verlangten die Gewerkschaften von jeder Währungsreform, daß sie ein wirklich wertbeständiges Geld schaffe, das nicht nur für bestimmte Kreise, sondern auch für die breiten Massen ausgegeben werde. Die Währungsreform dürfe auch nicht zu einer neuen Verhärtung der wirtschaftspolitischen Machtposition der Wirtschaftsführer gegenüber dem Staat führen. Kein Experiment könne auf die Dauer etwas nützen, wenn nicht sofort die Quelle des Währungsverfalls verstopft, nämlich die Notepresse stillgelegt würde. Der Reichstag müsse jetzt endlich wirkliche große Opfer bringen. An die Spitze ihrer Steuerforderungen stellten die Gewerkschaften die Beteiligung des Reichs an den wirtschaftlichen Unternehmungen, ferner den Ausbau des Reichsgerichts und schließlich eine

## grundlegende Reform des Steuersystems

im Sinne einer wirklichen Einkommensteuer. Die Ersparnisse im Reichselbst dürften nicht gerade im Abbau der sozialen Einrichtungen beginnen. Die Gewerkschaften seien nicht grundsätzlich gegen den Plan einer Arbeitslosenversicherung, sie wollten sich nur davor wahren, daß gerade hier zuerst mit Sparen angefangen würde. Das Gesetz gelte für den Personalabbau der Verwaltung. Zur Finanzreform gehöre ferner das Vorarbeiten gegen den Preiswunder und die Diktatur der Kartelle und Syndikate. Der Redner schloß mit der Aufforderung an die Regierung, den Weg zur Tragung der Lasten zu zwingen, die ihm wären. (Beifälliger Beifall.)

## Hierauf ergriff der inzwischen erschienene

## Reichsarbeitsminister Dr. Brauns

das Wort, der zunächst das Fernbleiben seiner Kollegen mit den wichtigen Beratungen über das Arbeitszeitgesetz und die Trustgesetzgebung entschuldigte. Er versicherte dann, daß die Reichsregierung sich dem Ernst der Lage nicht verschließen, ein weiteres Anwachsen des Arbeitslosenheeres würde die ganze Wirtschaft und schließlich auch das Reich gefährden. Der Regierung sei auch das ungeheure Sinken der Löhne gegenüber der Verteuerung der Le-

benshaltung bekannt, gegen den Mißbrauch im Kartell- und Trustwesen werde durch eine energische Gesetzgebung Abhilfe geschaffen werden müssen. Der Regierung liege es völlig fern, das Ermächtigungsgesetz einseitig gegen die Wünsche und Interessen der Arbeiterschaft zu gebrauchen, sie denke nicht daran, lediglich die Arbeitszeit neu zu regeln und die Kartelle dabei ungeschoren zu lassen. Ein Abbau der sozialen Unterstellungen sei nicht geplant, wenn auch die Notlage des Reiches die Erledigung aller Wünsche verbiete. Die sozialen Belange der Arbeiterschaft sollen soweit aufrechterhalten werden, als es sich irgendwie mit der Finanzlage des Reiches vereinbaren lasse. Ebenso denke die Regierung nicht daran, hinsichtlich der Rechtslage der Arbeiterschaft auf den Zustand der Vorkriegszeit zurückzugehen. (Beifall.)

In der

## Aussprache

über die beiden Referate äußerte sich zunächst Chefredakteur Bernhard über die Währungsreform. Eine Gesundung könne nur die Goldwährung bringen, die nur aus den Kreisen Hindernisse in den Weg gelegt würden, die an der jetzigen Unklarheit der Währungsverhältnisse ein Interesse hätten. Die notwendigen Goldvorräte seien beinahe im demselben Umfang wie vor dem Kriege in Deutschland vorhanden, sie hätten sich nur in Devisen verwandelt. Im Augenblick, wo Anstalten zur Schaffung einer stabilen Währung getroffen würden, kämen diese Devisen ebenso zum Vorschein wie die deutschen Guthaben im Ausland. Vor Schaffung einer neuen Währung würde auch jede Neuorganisation der Wirtschaft, jede Förderung des Exportes und der Produktion ohne Erfolg bleiben. Die neue Rentenmark stelle einen brauchbaren Uebergang dar, wenn sofort mit der Sanierung des Budgets ernst gemacht und möglichst bald zur Goldwährung übergegangen würde. Nur auf diese Weise lasse sich verhindern, daß auch die Rentenmark an Wertbeständigkeit verliere. Daneben müsse die Arbeiterschaft dem Widerstand der Interessensverbände gegen die Goldwährung energisch entgegenzutreten, sonst sei das Chaos doch unermesslich. (Beifall.)

Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Hirsch schloß sich diesen Ausführungen im wesentlichen an und betonte, daß schon das stabilste Vieh die Einführung der Goldwährung erwogen habe, daß dieser Plan aber von der Industrie damals sabotiert worden sei. Die freie Wirtschaft habe nicht zur Freiheit der Wirtschaftenden, sondern zu einer gewaltigen Ueberwucherung durch die Trusts geführt. Die Rentenmark habe wenigstens das eine Gute, daß sie den Versuch einer Zwangsanleihe zur Fundierung des Staats darstelle. Sie werde aber um so besser sein, je weniger von ihr auf den Markt gebracht werde.

Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes, Geheimrat Tollenberg, forderte die Behandlung des gesamten Beamtenproblems durch die Regierung anstelle des bisherigen Systems, Einzelsachen zu erörtern. Da das Wertbeständigkeitsabkommen bei der Gehaltszahlung von der Regierung gebrochen sei, müsse wenigstens verlangt werden, daß die unteren Beamten das Existenzminimum erreichen. Der Beamtenabbau bewirke nichts anderes als die

## Beseitigung der republikanisch gestimmten Beamten

aus dem Verwaltungsapparat. Zu wünschen wäre aber gerade, daß nur republikanische Beamte auf verantwortliche Posten gestellt werden.

Schroder vom Zentralverband der Angestellten erklärte: Wir können kein Vertrauen mehr haben zu der Regierung, die mit Sachsen bricht und die Reaktion in Bayern mühen läßt. Als Symbol der Kampfstellung der Gewerkschaften müsse sofort der Austritt aus der Zentralarbeitsgemeinschaft erklärt und von der Regierung die Aufhebung des Betagungsstandes gefordert werden. Eine Verlängerung der Arbeitszeit, da Millionen verlorzt arbeiten müssen, ist ein Verbrechen am Volke.

Hufemann (Bergarbeiter-Verband) sprach über die voraussetzliche Wirkung der Aufhebung der Kohlensteuer. Schon einmal habe man die Steuer ermäßigt, und die Folge seien nur neue Preissteigerungen gewesen. Man müsse befürchten, daß die gänzliche Aufhebung der Steuer

## lediglich ein Geschenk für die Industrie

sei, von dem der Kleinverbraucher jedoch nichts haben werde. Der Redner vermahnte sich dagegen, daß die Bergleute mit ihren Löhnen die Geldpolitik überschritten hätten und erklärte, der Reichsarbeitsminister habe im vorigen Jahre anlässlich einer Tagung in Bochum den Bergarbeitern zugesagt, daß sie mit ihren Löhnen an der Spitze der Arbeiterschaft bleiben sollten. Es gebe ein anderes Mittel, die Leistung zu heben, nämlich höhere Bezahlung für erhöhte Leistung über den Rahmen der Tarifverträge hinaus.

Hufmann (Metallarbeiter-Verband): Die Arbeiterschaft ist sozial weit hinter die Kriegszeit zurückgeschlagen worden. Man kann sich nur immer wieder wundern, daß die Arbeiter trotz all des Elends so ruhig geblieben sind. Es ist auch nicht verständlich, daß man für die Hungerunruhen jetzt nur ein Mittel kennt, nämlich: blaue Bahnen. Die Arbeiterschaft soll heute den verlorenen Krieg, die Reparationen und den Ruhrkampf bezahlen. Der Belagerungsstand ist nicht gegen die von rechts gerichtet, sondern gegen das Proletariat. Wenn wir das erkennen, müssen wir diese Gefahr aber auch gemeinsam abwehren. Die Entwicklung des Kampfes gegen die Arbeiterschaft gliedert sich in drei Etappen. Erst kam der Vorstoß Bayerns, dann das Ermächtigungsgesetz und schließlich der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes. Dieser Entwurf muß der Regierung vom Proletariat vor die Füße geworfen werden. Denn man versucht hier die Ausnahme zur Regel zu machen und den Achtstundentag langsam zur Norm zu machen. Wenn die Arbeiterschaft und die Gewerkschaften dagegen nicht aufstehen, wird in 6 Monaten auch von den Tarifverträgen wohl kaum noch etwas übrig sein. In den letzten Jahren ist die Arbeiterschaft dem Kampf zwischen Kapital und Arbeit nur zu sehr ausgemieden. Wenn wir das Vertrauen unserer Mitglieder nicht zurückgewinnen, wird der Winter den Gewerkschaften nicht nur weitere Verluste an Vertrauen, sondern auch an Mitgliedern bringen. Die Gewerkschaften müssen den Kampf planmäßig führen. Wir waren bisher Amboß, wir wollen jetzt Hammer sein. (Beifall.)

Bezirkssekretär Meyer-Düffeldorf als Vertreter der besetzten Gebiete, erinnerte daran, daß in dem Ruhrkampf die Arbeiterschaft fest zum Reich gehalten und somit ein Feis gegen den Separatismus gewesen sei. Wenn man den Arbeiter jedoch nicht so bezahle, daß er zu leben imstande sei, dann werde die separatistische Bewegung weiteren Boden gewinnen.

In seiner

## Schlußansprache

mies der Vorsitzende des AFD-Bundes, Kuffhäuser, darauf hin, daß die Gewerkschaften die Kerzen bisher behalten haben und in den kommenden Kämpfen behalten werden. Der Kampf, den das Unternehmertum den Arbeitern und Angestellten aufzwinge, werde nicht sprunghaft, sondern zäh und stetig geführt werden. Die Hoffnung weitesther Arbeitnehmertreue beruhe heute auf den Gewerkschaften, von denen man allein Hilfe erwarte. Es darf über diesen Kampf in der Arbeiterschaft keine Illusion erweckt werden. Aber ebenso gefährlich ist ein Defaitismus innerhalb der Gewerkschaftsbewegung selbst. In diesem Kampf ist Schwarzgeherei ein Schand. Die heutige Lage der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenkinder ist eine Warnung an die Regierung und an die rechtsradikalen Kreise, die da glauben, die Republik beseitigen zu können. Wir haben keinen Anlaß, verzweifelt in die Zukunft zu sehen.

Damit wurde die Tagung geschlossen und die im Abendblatt wiedergegebene Entschließung angenommen.

## Vorbereitungen über das Arbeitszeitgesetz

Zu Vorbereitungen über das Arbeitszeitgesetz ist im Reichstag eine freie Kommission der Koalitionsparteien zusammengesetzt, die bezweckt, etwa auftretende politische Schwierigkeiten von vornherein auszuräumen, damit das Gesetz im Plenum des Reichstages eine glatte Erledigung finden kann.

Die Plenartagung des Reichstages, die dieses Gesetz beraten soll, wird voraussichtlich nicht vor Dienstag oder Mittwoch der nächsten Woche stattfinden können.

Der Preussische Staatsrat hielt nach längerer Pause Mittwochabend wieder eine Sitzung ab. In der nur einige kleinere Vorlagen, die in wenigen Minuten erledigt wurden, zur Beratung standen. U. a. fand eine Ausführungsanweisung zum Gesetz über die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst, welche die Annahme der Referendare, den Vorbereitungsdienst bei den Verwaltungsbehörden und die Prüfung regelt, Zustimmung. Zum Schluß genehmigte der Staatsrat eine Verordnung über die Niederschlagung geringfügiger Geldstrafen in Ausführung des Reichsgesetzes über Vermögensstrafen und Bußen.

Ausschluß von Sozialdemokraten aus den Sowjets. Aus den verschiedenen Städten der Ukraine kommen Nachrichten, daß wiederum Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, die in die Sowjets gewählt wurden, wie früher von der kommunistischen Mehrheit ausgeschlossen werden.

## Wirtschaft

### Der Reichsindex für die Lebenshaltung. (1913/14 - 1)

Durchschnitt Mai	3 816
„ Juni	7 650
„ Juli	37 651
„ August	588 045
„ September	15 000 000
6. August	149 531
13. „	439 935
20. „	753 733
27. „	1 183 434
3. September	1 845 261
10. „	5 051 048
17. „	14 244 900
24. „	28 000 000
1. Oktober	40 400 000
8. „	109 100 000
15. „	691 900 000

Steigerung gegen die Vorwoche 534,2 Proz.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten in der letzten Woche ist selbst nach dem amtlichen Index die stärkste. Die je dagewesen ist. Die Lebenshaltung hat sich demnach in einer einzigen Woche auf das Sechseinhalbfache des Standes der Vorwoche verteuert. Die Löhne sind dieser sich übersteigenden Teuerungswelle auch nicht annähernd gefolgt. Wenn der industrielle Ubfah und damit die Beschäftigung der Industrie nicht zum Erliegen kommen sollen, muß durch eine erhebliche Erhöhung der Löhne die gewaltige Spanne zwischen Kaufkraft und Preisen ausgeglichen werden. Sonst kann niemand mehr kaufen.

Wie katastrophal sich die Verhältnisse gerade in den letzten Tagen gestaltet haben, ist in den Verhandlungen der gewerkschaftlichen Spitzenverbände eindringlich dargelegt worden. Die Arbeiterschaft erhält ihren Lohn bis zum morgigen Freitag dort, wo Inderlöhne vereinbart sind, nach dem Stand der vergangenen Woche. Kaufen kann sie dafür nach dem amtlichen Index bereits seit Montag noch nicht den sechsten Teil der Waren, deren Preisgestaltung bei der Lohnfestsetzung eine Rolle gespielt hatte. So geht es denen, die voll arbeiten konnten! Auch viel gravensvoller ist die Verteuerung der ständig zunehmenden Kurzarbeit und Arbeitslosen, die ihres Rechtes auf Arbeit beraubt sind.

Die Indeggiffer ist so eine amtliche Bestätigung der traurigen Erfahrungen, die jeder einzelne Verbraucher in den letzten Tagen gemacht hat. Die amtlichen Stellen werden daraus die gebotenen Konsequenzen ziehen müssen.

Auch dieser Index ist durch die tatsächliche Entwicklung bereits überholt. Die Steigerung des Dollarkurses hat die Preise vieler Lebensmittel und anderer unentbehrlicher Waren wieder automatisch in die Höhe getrieben. Der Index, der jetzt den Wohnverhältnissen zugrunde gelegt wird, ist also bereits an dem Tage seines Bestehens veraltet. Die Arbeiterschaft hat alles Interesse daran, jetzt mehr als je darauf zu bringen, daß ihr in der Kaufkraft so gekunkener Lohn wirklich wertbeständig gestaltet werde. Eine absolute Sicherheit ist dafür selbst dann nicht gegeben, wenn die neue Zwischenwährung, die Rentenmark, in Kraft tritt, auch wenn man von diesem Zahlungsmittel wenigstens für einige Zeit eine größere Wertbeständigkeit erwarten darf. Nachdem der Staat seine Steuern nach Goldwert erhebt, nachdem die Privatindustrie seit langem Goldpreise nimmt, wird man jetzt endlich den Schritt zu Goldlöhnen machen und deren Höhe in derselben Weise dem Dollarkurs anpassen müssen, wie jetzt die Kosten der Lebenshaltung täglich emporschnellen.

## Die Teuerung im Großhandel.

Das Niveau der Großhandelspreise hat sich in der Zeit vom 9. bis 16. Oktober nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts um 255,4 v. H. auf das 1093millionenfache des Friedensstandes gehoben. In der gleichen Zeit stieg der Dollarkurs um 241,7 v. H. auf 4,1 Milliarden Mark, so daß das Goldniveau der Großhandelsindex (1913 = 100) eine Erhöhung von 107,6 (Gold) auf 111,9 (Gold) erfuhr. Diese wurde vornehmlich durch den Uebergang zur freien Brotwirtschaft herbeigeführt, wodurch die Herabsetzung der Kohlenpreise mehr als ausgeglichen wurde. Von den Hauptgruppen stiegen die Einfuhrwaren um 285,2 v. H. auf das 1525millionenfache, die Inlandswaren um 247,3 v. H. auf das 1006millionenfache und ferner die Lebensmittel (im Großhandel) um 361,6 v. H. auf das 838millionenfache und die Industriestoffe um 192,7 v. H. auf das 1570millionenfache des Friedensstandes.

Infolge von Fehlspekulationen auf eine Besserung der Markt ist die Firma Kochmann, Zeidler u. Co. zahlungsunfähig geworden. Ihre Verpflichtungen werden auf nahezu 1 Million Goldmark geschätzt. Von den Verlusten werden auch andere Firmen getroffen. Es handelt sich um eine jüngere Konfirma, die ein sehr umfangreiches Wärfengeschäft betrieb.

Devisenkurs. Unterer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 146 632 600 Geld, 147 867 600 Brief; 1 japanische Yen 2 718 187 600 Geld, 2 731 812 600 Brief; 1 italienische Lira 251 570 000 Geld, 252 630 000 Brief; 1 brasilianischer Milreis 518 700 000 Geld, 521 800 000 Brief; 1 österr. Krone 77 806 Geld, 77 894 Brief; 1 tschechische Krone 163 500 000 Geld, 164 410 000 Brief; 1 ungarische Krone 299 250 Geld, 300 750 Brief; 1 bulgarische Lewa 68 865 000 Geld, 64 185 000 Brief; 1 jugoslawische Dinar 64 837 600 Geld, 65 782 600 Brief.







# Auf Stoppelfahrt.

Die Arbeitslosigkeit stellt von Tag zu Tag gleich einem furchtbaren Gespenst bedroht sie die Schaffenden. Das Volk hungert bei gefüllten Scheunen! Unerforschlich werden die Preise für die nötigsten Lebensmittel. Unsere nicht auf Dienstleistung, sondern vor allem Profit eingestellte Wirtschaft ist so verrotten, daß sie Zustände schafft, die die Massen zur Verzweiflung treiben müssen. Noch gehen Tausende und aber Tausende aus den großen Städten hinaus auf das Land, um in ehrlicher Arbeit eine geringe Menge von Feldfrüchten zu erwerben. Männer und Frauen verdingen sich als Kartoffelbuddler und nehmen ihren Lohn in Naturalien heim. Andere wieder gehen „stoppen“, d. h. sie halten Nachlese auf den Feldern und begnügen sich mit dem, was bei der Ernte übrig blieb. Es ist eine furchtbare Strapaze, die diese Menschen Tag um Tag ertragen, um des nackten Lebens willen. Nicht so sehr die Arbeit, als der oft stundenlange Weg in Kasse und Kiste, und der Hunger ist es, der diese Art von Broterwerb so anstrengend und niederdrückend macht.

## Der Weg zum Kartoffelfeld.

Morgens 4,51 Uhr, der erste Zug von Pantow-Schönhausen nach Bernau. Er ist gedrängt voll von Menschen, die mit Hacken und Reckeln bewaffnet sind: Kartoffelbuddler und Stoppler. Die Teiltrichter, die Bremserkästen, alles ist voll. Man ist glücklich, überhaupt noch einen Platz zu erwischen. Auf allen Bahnhöfen steigen noch Menschen zu, bis Buch, wo die ersten aussteigen. Der größte Teil fährt bis Bernau. Fast ebenso geht es mit den nachfolgenden Zügen bis zum Mittag, nur daß diese dann nicht ganz so voll sind. In dichten Scharen strömen die Menschen in Bernau vom Bahnhof und gehen nach allen Richtungen auseinander. Die größten Massen machen sich auf den Marsch nach den Gütern Ubertshof und Börnick. Im Eilmarsch gehts dahin, jeder will der erste auf dem Felde sein, um die größte Aussicht auf erfolgreiches Stoppen zu haben. Wenn man Glück hat, kann das Stoppen gleich beginnen. Größtenteils ist aber morgens noch kein Schlag frei, und die Suche danach geht los.

## Die Arbeit auf dem Felde.

Hat man nun endlich ein zum Stoppen freigegebenes Feld gefunden, so fängt die Arbeit an. Tausende von Menschen, vom Schulkinde bis zum Greise, sollen mit ihren Hacken über die Acker her. Die seltsamsten Werkzeuge werden da verwendet, denn nicht jeder ist glücklicher Besitzer einer Hacke. Sie kostet einige hundert Millionen, und das ist für viele unerträglich. So haben manche zur Kohlenhauele oder zum Feuerhaken gegriffen, andere wieder nehmen einen Spaten, eine Pike, oder haben an einen Breitenstiel ein Brett befestigt, durch das einige lange Nägel geschlagen sind. Jeder einzelne ist bestrebt, möglichst viel von den so kostbaren Kartoffeln zu finden. Eine mühselige Arbeit! Stundenlang muß jeder hacken. Jede Kartoffel, und sei sie auch nur so groß wie eine Murmel, die ein Bauer kaum noch für sein Vieh nimmt, wird ausgelesen, davon können doch noch Pellkartoffeln gefochet werden. In der Hitze des Gefechts kommt es oft vor, daß die Stoppler zu dicht an die Buddler herantreten. Immer wieder werden die Stoppler von ihnen zurückgedrängt, manchmal hin und her getrieben, wie das liebe Vieh. Manchmal Waghalsigen ist hierbei schon die Hacke abgenommen worden. — Oft kommt es auch vor, daß einige geradezu in die Stunden gehen, um möglichst schnell ihren Sack voll zu haben. Warum aber begeben sich die armen Menschen einiger Kartoffeln wegen in Lebensgefahr? Nur die äußerste Not treibt sie dazu; denn die meisten können sich nicht genügend Brot mitnehmen, da sie arbeitslos sind; sie sind also zufrieden, wenn sie recht schnell mit Kartoffeln nach Hause kommen. Werden sie von einem Wächter gefaßt, so sind sie ihre Kartoffeln wieder los.

## Der Rückmarsch.

Im stundenlangen Marsche gehts mit der Last wieder zum Bahnhof zurück. Einer hat viel, der andere weniger. Stöhnend schleppen sich die Menschen, sogar ganz alte Leute, mit ihrer mühselig zusammengepackten Last. Oft genug müssen sie am Wege absetzen und rasten. Einer hilft dem anderen wieder die Last auf. Nur wenige sind so glücklich, auf einem kleinen, oft selbst zurechtgestelltem Wagen ihre Last fahren zu können. Alle atmen erleichtert auf, wenn der Bahnhof erreicht ist.

Nur zwei Wagen der 4. Klasse sind an den Zug gehängt, in die die Stoppler einsteigen sollen. Natürlich reichen sie bei weitem nicht

aus. Die Wagen der 3. Klasse werden vorsorglich von den Bahnbeamten verschlossen, damit die Stoppler nicht mit dem anderen Publikum in Berührung kommen. Sie müssen in den zwei Wagen der 4. Klasse wie das Vieh zusammengepackt fahren. Wenn die Bahnverwaltung vermeiden will, daß die anderen Mitreisenden durch die Kartoffelsäcke beschmutzt werden, sollte sie doch wenigstens mehr Wagen 4. Klasse anhängen und den täglichen Reibereien wäre abgeholfen. Jeder freut sich, wenn er endlich mit seinen Kartoffeln nach den langen Strapazen auf seinem Zielbahnhof angelangt ist. Run kann er wieder einige Tage leben, auch wenn er beim nächsten Male mit weniger Erfolg vom Stoppen heimkehren sollte.

Viele schaffen nun Tag um Tag, von der bittersten Not gezwungen auf die gleiche Art. Sie sind froh, überhaupt noch einen bescheidenen Verdienstmöglichkeit gefunden zu haben. Mit Frauen sehen sie dem Winter entgegen. Zahlreiche Männer meiden ihre Behausung, sie können den Kustel der Frau und der Kinder, die täglich elender werden, nicht mehr ertragen. „Die Decke fällt uns auf den Kopf“, sagten sie. Sie fühlen sich verpflichtet, für ihre Lieben zu sorgen und die Möglichkeit dazu wird immer geringer. Dabei mühten eigentlich nicht genug Hände da sein, um zu schaffen, denn wir leiden in Deutschland Mangel am nötigsten. Der Bedarf der Masse ist nur „gedeckt“, weil die Zahl derer, die noch kaufen können, täglich geringer wird. So sind denn die Scharen der „Kartoffelstoppler“, die hinausziehen, um in der Zeit hochentworfener Technik mit den primitivsten Hilfsmitteln kargen Lebensunterhalt zu erwerben, eine furchtbare Anklage gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem und alle die, denen jedes Mittel recht ist, eine vernunftgemäße Aenderung zu sabotieren.

## Die Volksspeisungsaktion.

Tausende Spenden sind notwendig.

Vom Preussischen Pressedienst wird jetzt einiges über die Vorbereitungen für die große Volksspeisungsaktion mitgeteilt. Danach haben die Sammlungen im Lande bereits eine sehr erfreuliche Höhe erreicht. Bei einer Reihe großer Zeitungen, ferner durch die Sammlungen der einzelnen Ministerien, bei den städtischen Kassen in Berlin und der Provinz sind die Eingänge im täglichen Wachse begriffen. An den preussischen Börsen sind Zeichnungslisten aufgelegt worden, die sehr hohe Ziffern, zumeist in Dollarbeiträgen, ergeben haben. Die Anforderungen aber, die angesichts der rapide fortschreitenden Teuerung und der Arbeitslosigkeit an die Städte gestellt werden, die als ausübende Organe des Staates die Speisung durchzuführen haben, sind in einem Maße angewachsen, daß auch die großen einmaligen Spenden natürlich nicht den dauernden Fortgang und die dringend notwendige tägliche weitere Ausgestaltung der Volksspeisung gewährleisten können. Es ergeht deshalb der dringende Ruf an die Bevölkerung in Stadt und Land, an die überall durch die Plakate mit dem Aufdruck des Preussischen Staatsministeriums bekanntgegebenen Stellen, wenn irgend möglich, tausend Geld und Lebensmittelspenden zu überweisen, auf daß der zunehmenden Verelendung und dem bitteren Hunger wachsender Teile des Volkes mit hilfsreicher Hand wirksam begegnet werden kann. Im übrigen sei auch daran erinnert, daß die Preussische Staatsbank auf dem Konto „Volksspeisung“ Zahlungen entgegennimmt.

## Die Ausgabestellen der städtischen Volksspeisung.

Der Ausschuss für Volksspeisung teilt mit: Die ungünstige wirtschaftliche Lage macht es notwendig, die minderbemittelte Berliner Bevölkerung auf die in Groß-Berlin bestehenden Ausgabestellen der städtischen Volksspeisung erneut aufmerksam zu machen. Die Ausgabe der Speisen erfolgt im allgemeinen von 11 1/2 Uhr vormittags bis 1 1/2 Uhr nachmittags. Die Speisen können sowohl in den Ausgabestellen selbst verzehrt als auch in mitgebrachten Gefäßen nach Hause abgeholt werden. Notwendig ist allerdings, daß die Baus zum Empfang der Speisen stets zwei Tage vor dem Speisungstage gelöst werden. Der Preis für eine Biterportion be-

trägt zurzeit 11 200 000 Mark. Die Ausgabestellen befinden sich: Bezirksamt I—VI: Treskowstr. 11, Schwedter Str. 232, Stadtbahnhof 100 (Dirasenstr.), Schindlerstr. 38, Beuthstr. 16, Bremer Str. 13/17, Alt-Moabit 23, Steinmetzstr. 79, Graunstr. 11, Müllerstraße 158/159, Höchsterstr. 34/35, Landsberger Allee 59, Langestr. 76, Remeler Str. 24/25, Waldemarstr. 77, Alte Jakobstr. 127, Mittenwalder Str. 24/26. Bezirksamt Charlottenburg: Werner-Siemens-Str. 14/18, Kantstr. 140, Sophie-Charlotte-Str. 69/70. Bezirksamt Spandau: Friedrichstr. 2, Wilhelmstadt (Bewohranstalt), Gariensstadt, Gewaldstraße. Bezirksamt Wilmersdorf: Wilhelmsau 2 (Deuffshort). Bezirksamt Schöneberg: Brunenwaldstr. 30. Bezirksamt Steglitz: Friesenstr., Lichterfelde: Rathaus, Baracke, Cantow; Schulstraße (Gemeinschaftsschule). Bezirksamt Tempelhof: Werderstr. 7, Mariendorf: Rathaus, Marienfelde: Dorfstr. 53, Lichterfelde: Dorfstraße (Alte Schule). Bezirksamt Neukölln: Berliner Str. 76, Rannertstr. 46. Bezirksamt Treptow: Norden: Bouchestr. (Schule), Mitte: Rathaus, Süden: Baumgartenstr. (Anzeiger), Niederhöne- weide: Berliner Str. (Gem.-Schule), Johannisplatz: Kaiser-Wilhelm-Str. 4/5, Alt-Ostende: Rathaus, Ufershof: Rathaus, Oberhöne- weide: Rathaus. Bezirksamt Köpenick: Dorotheenschule Freiheit, Friedrichshagen: Friedrichstr. 97. Bezirksamt Lichtenberg: Wölln- dorffstr. 5/6, Holtzstr. 6, Thürlschmidtstr. 8, Friedrichsfelde: Berliner Str. 25, Karlshorst: Gundellinger Str. (Schule). Bezirksamt Weißensee: Rothringstr. 34, Langhannstr. 102. Bezirksamt Bankow: Florastr. Bezirksamt Reinickendorf: Kopenhagener Str. 38, Scharnweberstr. 114, Reißbinderstr. 51, Tegel: Hauptstr., Hermsdorf: Koonstr. (Turnhalle), Borsigwalde: Konradstr. (Schule), Wittenau: Rosenthaler Str. 15.

## Raubüberfall auf eine Greisin.

Die Tat zweier Frauen.

Auf der Anklagebank vor dem Schwurgericht des Landgerichts III erschienen zwei Frauen; die eine, Eise Larnowius, ein 19jähriges schwächliches Mädchen, die wie die Unschuld vom Lande ausieht, die andere die 40jährige Frau Ida Siegel, der echte Lapp der Kuppelmutter. Beide Frauen sind des verübten Raubes beschuldigt. Ihr Opfer ist eine 70jährige Witwe Rienkirchner.

Eise Larnowius war schon im frühen Alter auf die abschüssige Bahn geraten. Auf einem Bismarckball lernte sie die Siegel kennen, die sie bei sich aufnahm, das junge Mädchen zur Unzeit anhielt und selbst auf den Männerfang sie begleitete. Eise lernte auf ihren nächtlichen Gängen einen älteren Handwerker kennen, der Zuneigung zu ihr faßte und sie heiraten wollte. Seine guten Vorsätze scheiterten aber an der Verdorbenheit des Mädchens. Später fand sie bei Frau Rienkirchner Unterkunft. Die alte Dame nahm sich des jungen Mädchens liebevoll an und behandelte sie wie ihre Tochter. Eise aber führte Frau Siegel bei Frau Rienkirchner ein. Als die Greisin sich über ein Stoppaket beugte, packte die Larnowius sie von hinten bei der Kehle und versuchte, ihr einen Knebel in den Mund zu stopfen. Die Siegel stand mit der Palettschur daneben bereit, Frau Rienkirchner zu helfen, aber auch zu erdroffeln, um sich der Wertfachen der alten Frau zu bemächtigen. Es gelang Frau Rienkirchner jedoch, sich der Verbrecherinnen zu erwehren und die Räuberinnen festzunehmen zu lassen. Eise Larnowius bestritt unter Tränen, daß sie die Greisin hätte ermorden wollen. Sie hätte nur einen Diebstahl beabsichtigt. Ida Siegel leugnete dagegen jede Teilnahme an dem Raubüberfall. Sie habe nicht mitmachen wollen. Während der Staatsanwaltschaft beantragte, beide Angeklagte unter Verfolgung mildernder Umstände schuldig zu sprechen, machte Rechtsanwalt Dr. Thoma für Eise Larnowius die furchtbare Umgebung, in dem die Angeklagte aufgewachsen sei, als Milderungsgrund geltend. Unter 13 Geschwägern lebend, um die sich der Vater wensa gekümmert habe, sei sie nach dem Tode der Mutter von ihrem eigenen Vater als 15jähriges Mädchen mißbraucht worden. Aus Rache habe sie den Vater dann bestohlen und sei auf diese Weise in Able Gesellschaft geraten. So hatte Eise Larnowius den Weg auf die Straße und zum Verbrechen gefunden. Ihr Verhängnis habe sie dann in die Arme der Siegel geführt; in dieser Höhle sei der letzte Funke von Ehrlichkeit in ihr erstickt worden. — Rechtsanwält Dr. Baeder stellte im Gegenjah dazu Frau Siegel als das verführte Opfer der jüngeren Angeklagten dar. Die Geschwägern sprachen die Angeklagten schuldig des verübten Raubes, billigten jedoch beiden mildernde Umstände zu. Das Gericht verurteilte Eise Larnowius, bei der ihre Vorstrafen in Betracht kamen, zu 5 Jahren 6 Monaten Gefängnis. Ida Siegel zu 3 Jahren Gefängnis. Beiden wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre aberprochen. Strafverschärfend war bei der Urteilsbemessung die Bestialität des Überfalles auf eine alte wehrlose Frau.

Copyright Georg Müller, München.

## Die Lofoffischer.

Roman von Johan Bojer.

1.

Das Dorf war schon in blaßblaue Dämmerung gesunken, und als die Glocke auf dem Lindenhof die Arbeiter zum Feierabend nach Hause rief, zogen die Töne wie ein Abendlied über Fjord und Berge hin. Die Häusler auf den weiten, gelben Kornfeldern strafften den Rücken, nahmen den Ektorb in die eine Hand und die Sichel in die andere, und während sie truppweise ihren Häusern zugingen, färbten sich ihre Gesichter rot im Widerschein der brennenden Wolkenbänke, die hinter dem Fjord im Westen über den Schneebergen emporstiegen.

Wie eine alte Burg lag der Lindenhof auf einer Anhöhe. Die Fenster des großen, weißen Wohnhauses flammten zum Abendhimmel hinüber, Garten und Park erstreckten sich fast bis an die See, im Hintergrunde lagen die vielen roten Wirtschaftsgelände wie eine kleine Stadt für sich. Es war, als habe dieses große Gehöft die anderen Höfe an den Außenrand des Kirchspiels gedrückt, im Osten bis an die bewaldeten Höhen, wo die kleineren Bauerngüter sich an den Hügeln festklammerten, und im Norden bis an die kahlen blauen Berge am Meer. Und wenn die Glocke auf dem Lindenhof erklang, dann läutete es gleich darauf auch von den anderen Höfen im ganzen Kirchspiel.

Die Häusler wohnten in den kleinen Fischerhütten, von denen jede von einem kleinen Land umgeben war, draußen an dem eisengrauen Fjord. Sie mußten viele Wochen im Jahre auf dem Haupthof Pflichtarbeit tun und besorgten ihre kleine Wirtschaft, wenn sie abends heimkamen, und doch mußten sie ihre eigentliche Nahrung auf der See suchen. Im Herbst zogen sie auf Heringsfang aus, im Winter segelten sie die Hunderte von Meilen im offenen Boot nach dem Lofot hinaus, vielleicht weil der Verdienst sie lockte, vielleicht aber auch, weil sie draußen auf dem Meere freie Männer waren.

Auf einem der großen Gerstenfelder war heute abend ein Mensch zurückgeblieben. Vom Lindenhof sah er nur wie ein dunkler Punkt in all dem Gelb aus, aber es war eine Frau, die Häuslersfrau Marja Myran. Das Korn auf dem Haupt-

hof zu schneiden war Pflicht, und obwohl Raal\*) Feld ein reichliches Tagewerk ist, hatte Marja heute zwei Maal geschnitten. Jetzt wollte sie mit dem letzten kleinen Stück noch fertig werden, ehe sie ging, aber sie scheute sich, sich aufzurichten, denn dann würde sie vielleicht zusammenbrechen.

Die Sichel blinkte und schnitt, das seuchte Korn wurde von roten, aufgeschwollenen Händen in einen Kock gefammelt, der schon längst durchnäht war. Die schwächliche Gestalt in dem grauen Kleide hatte so weiche Bewegungen, das schwarze Kopftuch glitt immer von neuem in den Nacken hinunter, aber jedesmal hob sie es wieder, nach oben mit derselben Hand, die die Sichel hielt. Sie hatte seit heute früh fast keinen Bissen genossen, und jetzt schmerzte nicht nur der Rücken, jetzt begann es auch unter der Brust zu faugen und zu stechen.

Ganz dicht bei ihr lag in einem Haufen Garben ein Bündel, das sich dann und wann bewegte und lachte. Zulezt war auch ein leises Bimmern hörbar geworden, und die Schnitterin dachte: Er hat wohl Hunger, aber er muß warten.

Der Junge hatte die Decke, die die Mutter über ihn gebreitet, weggestrampt, und jetzt streckte er ein dralles Beinchen in die Luft und versuchte seine eigenen Zehen zu ergreifen. Darüber kann man wohl vieles sagen, und deshalb plapperte er immerfort: do, do, do, und la, la, la, aber weinerlich hieß er doch. Dabei entblöhte er auch die dicken kleinen Schenkel und lag nun frierend da; warum sollte er da nicht brüllen, daß die Mutter ihn hören mußte? Aber die Sichel klang, klang ohne Unterlaß. Das Kind wimmerte eine Weile, sog dann wieder an seinem eigenen Finger und blickte in den Himmel hinauf. Die Wolken waren an der einen Seite viele dunkle und häßliche Männer, aber weiter hinten sahen sie so rot und sanft aus, und hoch oben war eine blaue Tüpfel, in die die Augen weiter und immer weiter hineinsanken, und in dieser Tiefe begannen kleine Lichter aufzublinken.

Das Kind versuchte mit diesen Lichtern zu schwagen und sagte: la, la und ba, ba! Dann streckte es eine dralle Hand aus und versuchte eins von ihnen zu fangen, aber es konnte nicht so weit reichen. Da wollte es sich aufrichten, um näher heranzukommen, aber es sank nur tiefer in das Korn hinein, und eine Aehre legte sich quer über sein Gesicht. Die dralle Hand sah die Kehre und schleuderte sie beiseite, aber das

\*) Raal = eine Fläche von 2500 Quadratmetern.

ganze kleine Gesicht verzerrte sich vor Wut. Man kann wahrhaftig von seinem Unglück übermäßig werden, und es erlöste ein Jammergeschrei. Die Mutter schnitt und schnitt. Es bangte ihr jetzt vor dem Fertigwerden, denn dann mußte sie sich aufrichten.

Da verstummte das Kind wieder. Seine Augen waren ganz groß geworden. Es wußte nicht, daß die Sterne dort oben sich darin spiegelten. Aber über den dunklen Höhen im Osten stand jetzt ein halber Goldring. Der war so blank, so blank, und wieder fireckte das Kind die Hände aus. Die kleinen Schenkel vergaßen, daß sie froren, die Beine und auch die Arme standen steif in die Luft, es war, als wolle der ganze kleine Körper sich heben und hinauffliegen und spielen. Schließlich bekam der goldene Ring ein Gesicht wie Großmutter, und als das Kind das herausgefunden hatte, begann es zu lachen.

Da band die Mutter die letzte Garbe zusammen, strich sich mit der einen Hand über den Rücken und mit der anderen über die Augen und richtete sich auf, aber sie taumelte auf unsicheren Füßen. Endlich wankte sie nach dem Garbenhäufen, wo das Kind lag, hob es auf und setzte sich, um ihm Milch zu geben. Sie sank tiefer und immer tiefer in den weichen Kornhäufen ein, die Garben gaben ihrem Rücken eine so gute Stütze. Und der Kleine vergaß Mond und Wolken und lag mit geschlossenen Augen da und sog an Mutters warmer Brust.

„Armer, kleiner Kerl!“ murmelte sie und versuchte ihn anzulächeln, aber auch ihre eigenen Augen wollten fortwährend zufallen.

Der Mond über den Höhen im Osten war silberblank geworden, der Tau auf den Feldern glitzerte und funkelte, ein Duft von reifen Aehren und herber Ackererde stieg auf. Aber das müde Weib sah hier allein im Abend und wünschte, es käme einer und trüge sie nach Hause. Jetzt, da das Kind die Brust bekam, empfand sie den Hunger stärker, und der Rücken schmerzte, als sauge das Kind von ihrem Rückenmark. Aber sie hülfte es sorglicher in das wollene Tuch, hob die Lider und ruhte aus in dem friedlichen Bilde, das sie vor sich sah: das üppig grüne Dorf im blauen Abenddämmer, die vielen Lichter von den Höfen, das fruchtbare Feld um sie her, die dunklen Wadshöhen, das alles war so heimlich und lieb, und ihr war es eine Wohlthat, daß der Geruch und das Geblöde der See nicht bis hierher drangen. (Fortsetzung folgt.)



Die beraubten Pakete.

Massendiebstahl im Postamt Wilmersdorf.

Ein Kuffchen erregender Massendiebstahlsprozess gegen die Diebe im Postamt Wilmersdorf wird augenblicklich verhandelt.

Die Angeklagten verteidigten sich zum Teil damit, daß sie die bei ihnen gefundenen Sachen von auswärts wohnenden Verwandten erhalten hätten.

Der gestörte Gänsehund.

Drei Willeneindreher und Gefäßdiebe wurden kurz vor der Veranstaltung eines Gänseessens in Friedrichshagen verhaftet.

Die Kindesleiche im Hausflur.

Ein graufiger Hund wurde vorgestern Abend in dem Hause Kaiserstraße 14 gemacht.

Arbeiterbildungsschule.

Heute, Donnerstag Abend, beginnen folgende Kurse: Sozialwissenschaftliches Seminar: Redakteur Genosse Stein.

POSTABONNEMENTEN

Der Vorwärts ist jetzt monatlich zu bestellen und zu bezahlen. Wer auch im nächsten Monat Wert auf eine regelmäßige Zustellung des Vorwärts legt.

Zum Thema Gasablieferung.

Ein „Vorwärts“-Besitzer, der sein Gas von der Gasbetriebsgesellschaft (Berlin, Gitschiner Straße) bezieht, schreibt uns: Die alle Waren im Preise steigen, so erhöhen sich auch von Woche zu Woche die Preise für Gas.

Wieder Plünderungen von Bäckerläden.

Im Laufe des gestrigen Mittwochs haben sich an mehreren Stellen der Stadt weitere Lebensmittelplünderungen ereignet.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 17. 10. (in Millionen Mark) and Wochenlöhne in Berlin (in Millionen Mark).

walder Straße und vor einer Schächlerei in der Soldiner Straße kam es zu Anfeindungen, die die Ladeninhaber veranlaßten, ihre Waren freiwillig zu verteilen.

Großfeuer bei Drenstein u. Koppel. In der Rebolverbrecherei von Drenstein u. Koppel in Rowa wies beachtlichen Erfolg ein großes Schandfeuer aus.

Die Kohlenpreise ab 18. Oktober. Das Kohlenamt der Stadt Berlin teilt mit: Nach dem amtlichen Dollarkauf vom 17. Oktober stellen sich die Verkaufspreise für Bricketts und Koks ab Lager 1737 Millionen.

Die Schulen werden geholt. Die Deputation für das Schulwesen teilt mit, daß sofort mit der Heizung der Schulräume begonnen wird.

Proletarisches Kulturkartell Wedding. Am Donnerstag, 18. Okt., abends 7 1/2 Uhr, spricht im Jugendheim, Schwabestr. 1, 6 Treppen (Brunnenplatz).

Zubildung. Genosse Paul Köhler, Gieselerstr. 9, bezieht heute mit seiner Gattin die Silberne Hochzeit.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand! Sonnabend, den 20. Oktober, abends 6 Uhr, Sitzung des Bezirksvorstandes im Konferenzzimmer der „Vorwärts“-Redaktion.

Die Mitglieder der Fraktion treffen sich heute um 4 1/2 Uhr pünktlich im Rathaus zu einer wichtigen Besprechung.

- 6. Kreis Kreuzberg, Freitag, den 19. Oktober, pünktlich 7 Uhr, erweitert Kreisvorstandung bei Reim, Urbanstr. 29.

Heute, Donnerstag, den 18. Oktober: 27. Abt. 7 Uhr Sitzung der Kommunales Kommission in der Aligart Str. 103.

Morgen, Freitag, den 19. Oktober: 27. Abt. Pünktlich 7 Uhr in der Schule Strunzburger Straße wichtige Konferenz der Parteifunktionäre.

Jugendveranstaltungen. Mithras, Mitglieder! Die Hochzeitsfeier zur Theateraufführung am Sonntag, den 21. d. M., im Reim Theater am Zoo.

Vorträge, Vereine und Versammlungen. Arbeitergemeinschaft der Arbeiterbrüder, Kreuzberg, Freitag abends 7 1/2 Uhr wichtige Sitzung in der Schule Besingstraße.

Einladung zur außerordentlichen Generalversammlung am Freitag, den 20. Oktober 1923, abends 7 1/2 Uhr, in der Halle der M.M. Gesellschaft.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Bau-, Goldschmied- und Hübschlosler Freitag, den 19. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Verbandshaus (Arbeitslosenhaus), Lindenstraße 83-85.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw. Gelegenheits- Anwaltskleid, Silberkleid, weiße, Seidenkleid, Gassen, sportlich beim Kaufmann, Mariannenplatz 7.

Musikinstrumente. Pianos preiswert, Klaviermacher Elm. Brunnenstraße 33. Kaufgesuche. Pianos, Silberklavier zu höchsten Preisen.

Verkaufe. Handwagen, Leiterwagen, Rastwagen preiswert, Auswahl, Bogner, Lindenstraße 21, Hof. Möbel. Kleines, neues, gebrauchtes, Adler, Phönix, Eingebobbin, Rabener, Kottbulerbom 6, von hochparterre.

Unterricht. Technische Volkshochschule Dr. Berner, Neuenhagen-Platz 1, Berlin, Neuenhagen-Platz 1, Berlin, Neuenhagen-Platz 1, Berlin.

Verein Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer Der Beitrag beträgt für die Woche vom 21. bis 27. Oktober 1923 für Lokalmittel 225 Millionen Mark.

Verkaufe. Handwagen, Leiterwagen, Rastwagen preiswert, Auswahl, Bogner, Lindenstraße 21, Hof. Möbel. Kleines, neues, gebrauchtes, Adler, Phönix, Eingebobbin, Rabener, Kottbulerbom 6, von hochparterre.

Möbel. Mein neues Teilmöbelsystem bietet jedem Gelegenheit zur Erweiterung benutzbarer Wohnfläche.

Möbel. Mein neues Teilmöbelsystem bietet jedem Gelegenheit zur Erweiterung benutzbarer Wohnfläche.

Arbeitsmarkt. Stellenangebote. Verben sofort einmachbar Berlin, Behnstraße 7; Gilmann, Gilmann-Str. 37; Hermannstr. 14; Kottbuler Weg 14/15; Petrusburger Weg 4; Wollstr. 9; Wollstr. 10; Wollstr. 11; Wollstr. 12; Wollstr. 13; Wollstr. 14; Wollstr. 15; Wollstr. 16; Wollstr. 17; Wollstr. 18; Wollstr. 19; Wollstr. 20; Wollstr. 21; Wollstr. 22; Wollstr. 23; Wollstr. 24; Wollstr. 25; Wollstr. 26; Wollstr. 27; Wollstr. 28; Wollstr. 29; Wollstr. 30; Wollstr. 31; Wollstr. 32; Wollstr. 33; Wollstr. 34; Wollstr. 35; Wollstr. 36; Wollstr. 37; Wollstr. 38; Wollstr. 39; Wollstr. 40; Wollstr. 41; Wollstr. 42; Wollstr. 43; Wollstr. 44; Wollstr. 45; Wollstr. 46; Wollstr. 47; Wollstr. 48; Wollstr. 49; Wollstr. 50; Wollstr. 51; Wollstr. 52; Wollstr. 53; Wollstr. 54; Wollstr. 55; Wollstr. 56; Wollstr. 57; Wollstr. 58; Wollstr. 59; Wollstr. 60; Wollstr. 61; Wollstr. 62; Wollstr. 63; Wollstr. 64; Wollstr. 65; Wollstr. 66; Wollstr. 67; Wollstr. 68; Wollstr. 69; Wollstr. 70; Wollstr. 71; Wollstr. 72; Wollstr. 73; Wollstr. 74; Wollstr. 75; Wollstr. 76; Wollstr. 77; Wollstr. 78; Wollstr. 79; Wollstr. 80; Wollstr. 81; Wollstr. 82; Wollstr. 83; Wollstr. 84; Wollstr. 85; Wollstr. 86; Wollstr. 87; Wollstr. 88; Wollstr. 89; Wollstr. 90; Wollstr. 91; Wollstr. 92; Wollstr. 93; Wollstr. 94; Wollstr. 95; Wollstr. 96; Wollstr. 97; Wollstr. 98; Wollstr. 99; Wollstr. 100; Wollstr. 101; Wollstr. 102; Wollstr. 103; Wollstr. 104; Wollstr. 105; Wollstr. 106; Wollstr. 107; Wollstr. 108; Wollstr. 109; Wollstr. 110; Wollstr. 111; Wollstr. 112; Wollstr. 113; Wollstr. 114; Wollstr. 115; Wollstr. 116; Wollstr. 117; Wollstr. 118; Wollstr. 119; Wollstr. 120; Wollstr. 121; Wollstr. 122; Wollstr. 123; Wollstr. 124; Wollstr. 125; Wollstr. 126; Wollstr. 127; Wollstr. 128; Wollstr. 129; Wollstr. 130; Wollstr. 131; Wollstr. 132; Wollstr. 133; Wollstr. 134; Wollstr. 135; Wollstr. 136; Wollstr. 137; Wollstr. 138; Wollstr. 139; Wollstr. 140; Wollstr. 141; Wollstr. 142; Wollstr. 143; Wollstr. 144; Wollstr. 145; Wollstr. 146; Wollstr. 147; Wollstr. 148; Wollstr. 149; Wollstr. 150; Wollstr. 151; Wollstr. 152; Wollstr. 153; Wollstr. 154; Wollstr. 155; Wollstr. 156; Wollstr. 157; Wollstr. 158; Wollstr. 159; Wollstr. 160; Wollstr. 161; Wollstr. 162; Wollstr. 163; Wollstr. 164; Wollstr. 165; Wollstr. 166; Wollstr. 167; Wollstr. 168; Wollstr. 169; Wollstr. 170; Wollstr. 171; Wollstr. 172; Wollstr. 173; Wollstr. 174; Wollstr. 175; Wollstr. 176; Wollstr. 177; Wollstr. 178; Wollstr. 179; Wollstr. 180; Wollstr. 181; Wollstr. 182; Wollstr. 183; Wollstr. 184; Wollstr. 185; Wollstr. 186; Wollstr. 187; Wollstr. 188; Wollstr. 189; Wollstr. 190; Wollstr. 191; Wollstr. 192; Wollstr. 193; Wollstr. 194; Wollstr. 195; Wollstr. 196; Wollstr. 197; Wollstr. 198; Wollstr. 199; Wollstr. 200; Wollstr. 201; Wollstr. 202; Wollstr. 203; Wollstr. 204; Wollstr. 205; Wollstr. 206; Wollstr. 207; Wollstr. 208; Wollstr. 209; Wollstr. 210; Wollstr. 211; Wollstr. 212; Wollstr. 213; Wollstr. 214; Wollstr. 215; Wollstr. 216; Wollstr. 217; Wollstr. 218; Wollstr. 219; Wollstr. 220; Wollstr. 221; Wollstr. 222; Wollstr. 223; Wollstr. 224; Wollstr. 225; Wollstr. 226; Wollstr. 227; Wollstr. 228; Wollstr. 229; Wollstr. 230; Wollstr. 231; Wollstr. 232; Wollstr. 233; Wollstr. 234; Wollstr. 235; Wollstr. 236; Wollstr. 237; Wollstr. 238; Wollstr. 239; Wollstr. 240; Wollstr. 241; Wollstr. 242; Wollstr. 243; Wollstr. 244; Wollstr. 245; Wollstr. 246; Wollstr. 247; Wollstr. 248; Wollstr. 249; Wollstr. 250; Wollstr. 251; Wollstr. 252; Wollstr. 253; Wollstr. 254; Wollstr. 255; Wollstr. 256; Wollstr. 257; Wollstr. 258; Wollstr. 259; Wollstr. 260; Wollstr. 261; Wollstr. 262; Wollstr. 263; Wollstr. 264; Wollstr. 265; Wollstr. 266; Wollstr. 267; Wollstr. 268; Wollstr. 269; Wollstr. 270; Wollstr. 271; Wollstr. 272; Wollstr. 273; Wollstr. 274; Wollstr. 275; Wollstr. 276; Wollstr. 277; Wollstr. 278; Wollstr. 279; Wollstr. 280; Wollstr. 281; Wollstr. 282; Wollstr. 283; Wollstr. 284; Wollstr. 285; Wollstr. 286; Wollstr. 287; Wollstr. 288; Wollstr. 289; Wollstr. 290; Wollstr. 291; Wollstr. 292; Wollstr. 293; Wollstr. 294; Wollstr. 295; Wollstr. 296; Wollstr. 297; Wollstr. 298; Wollstr. 299; Wollstr. 300; Wollstr. 301; Wollstr. 302; Wollstr. 303; Wollstr. 304; Wollstr. 305; Wollstr. 306; Wollstr. 307; Wollstr. 308; Wollstr. 309; Wollstr. 310; Wollstr. 311; Wollstr. 312; Wollstr. 313; Wollstr. 314; Wollstr. 315; Wollstr. 316; Wollstr. 317; Wollstr. 318; Wollstr. 319; Wollstr. 320; Wollstr. 321; Wollstr. 322; Wollstr. 323; Wollstr. 324; Wollstr. 325; Wollstr. 326; Wollstr. 327; Wollstr. 328; Wollstr. 329; Wollstr. 330; Wollstr. 331; Wollstr. 332; Wollstr. 333; Wollstr. 334; Wollstr. 335; Wollstr. 336; Wollstr. 337; Wollstr. 338; Wollstr. 339; Wollstr. 340; Wollstr. 341; Wollstr. 342; Wollstr. 343; Wollstr. 344; Wollstr. 345; Wollstr. 346; Wollstr. 347; Wollstr. 348; Wollstr. 349; Wollstr. 350; Wollstr. 351; Wollstr. 352; Wollstr. 353; Wollstr. 354; Wollstr. 355; Wollstr. 356; Wollstr. 357; Wollstr. 358; Wollstr. 359; Wollstr. 360; Wollstr. 361; Wollstr. 362; Wollstr. 363; Wollstr. 364; Wollstr. 365; Wollstr. 366; Wollstr. 367; Wollstr. 368; Wollstr. 369; Wollstr. 370; Wollstr. 371; Wollstr. 372; Wollstr. 373; Wollstr. 374; Wollstr. 375; Wollstr. 376; Wollstr. 377; Wollstr. 378; Wollstr. 379; Wollstr. 380; Wollstr. 381; Wollstr. 382; Wollstr. 383; Wollstr. 384; Wollstr. 385; Wollstr. 386; Wollstr. 387; Wollstr. 388; Wollstr. 389; Wollstr. 390; Wollstr. 391; Wollstr. 392; Wollstr. 393; Wollstr. 394; Wollstr. 395; Wollstr. 396; Wollstr. 397; Wollstr. 398; Wollstr. 399; Wollstr. 400; Wollstr. 401; Wollstr. 402; Wollstr. 403; Wollstr. 404; Wollstr. 405; Wollstr. 406; Wollstr. 407; Wollstr. 408; Wollstr. 409; Wollstr. 410; Wollstr. 411; Wollstr. 412; Wollstr. 413; Wollstr. 414; Wollstr. 415; Wollstr. 416; Wollstr. 417; Wollstr. 418; Wollstr. 419; Wollstr. 420; Wollstr. 421; Wollstr. 422; Wollstr. 423; Wollstr. 424; Wollstr. 425; Wollstr. 426; Wollstr. 427; Wollstr. 428; Wollstr. 429; Wollstr. 430; Wollstr. 431; Wollstr. 432; Wollstr. 433; Wollstr. 434; Wollstr. 435; Wollstr. 436; Wollstr. 437; Wollstr. 438; Wollstr. 439; Wollstr. 440; Wollstr. 441; Wollstr. 442; Wollstr. 443; Wollstr. 444; Wollstr. 445; Wollstr. 446; Wollstr. 447; Wollstr. 448; Wollstr. 449; Wollstr. 450; Wollstr. 451; Wollstr. 452; Wollstr. 453; Wollstr. 454; Wollstr. 455; Wollstr. 456; Wollstr. 457; Wollstr. 458; Wollstr. 459; Wollstr. 460; Wollstr. 461; Wollstr. 462; Wollstr. 463; Wollstr. 464; Wollstr. 465; Wollstr. 466; Wollstr. 467; Wollstr. 468; Wollstr. 469; Wollstr. 470; Wollstr. 471; Wollstr. 472; Wollstr. 473; Wollstr. 474; Wollstr. 475; Wollstr. 476; Wollstr. 477; Wollstr. 478; Wollstr. 479; Wollstr. 480; Wollstr. 481; Wollstr. 482; Wollstr. 483; Wollstr. 484; Wollstr. 485; Wollstr. 486; Wollstr. 487; Wollstr. 488; Wollstr. 489; Wollstr. 490; Wollstr. 491; Wollstr. 492; Wollstr. 493; Wollstr. 494; Wollstr. 495; Wollstr. 496; Wollstr. 497; Wollstr. 498; Wollstr. 499; Wollstr. 500; Wollstr. 501; Wollstr. 502; Wollstr. 503; Wollstr. 504; Wollstr. 505; Wollstr. 506; Wollstr. 507; Wollstr. 508; Wollstr. 509; Wollstr. 510; Wollstr. 511; Wollstr. 512; Wollstr. 513; Wollstr. 514; Wollstr. 515; Wollstr. 516; Wollstr. 517; Wollstr. 518; Wollstr. 519; Wollstr. 520; Wollstr. 521; Wollstr. 522; Wollstr. 523; Wollstr. 524; Wollstr. 525; Wollstr. 526; Wollstr. 527; Wollstr. 528; Wollstr. 529; Wollstr. 530; Wollstr. 531; Wollstr. 532; Wollstr. 533; Wollstr. 534; Wollstr. 535; Wollstr. 536; Wollstr. 537; Wollstr. 538; Wollstr. 539; Wollstr. 540; Wollstr. 541; Wollstr. 542; Wollstr. 543; Wollstr. 544; Wollstr. 545; Wollstr. 546; Wollstr. 547; Wollstr. 548; Wollstr. 549; Wollstr. 550; Wollstr. 551; Wollstr. 552; Wollstr. 553; Wollstr. 554; Wollstr. 555; Wollstr. 556; Wollstr. 557; Wollstr. 558; Wollstr. 559; Wollstr. 560; Wollstr. 561; Wollstr. 562; Wollstr. 563; Wollstr. 564; Wollstr. 565; Wollstr. 566; Wollstr. 567; Wollstr. 568; Wollstr. 569; Wollstr. 570; Wollstr. 571; Wollstr. 572; Wollstr. 573; Wollstr. 574; Wollstr. 575; Wollstr. 576; Wollstr. 577; Wollstr. 578; Wollstr. 579; Wollstr. 580; Wollstr. 581; Wollstr. 582; Wollstr. 583; Wollstr. 584; Wollstr. 585; Wollstr. 586; Wollstr. 587; Wollstr. 588; Wollstr. 589; Wollstr. 590; Wollstr. 591; Wollstr. 592; Wollstr. 593; Wollstr. 594; Wollstr. 595; Wollstr. 596; Wollstr. 597; Wollstr. 598; Wollstr. 599; Wollstr. 600; Wollstr. 601; Wollstr. 602; Wollstr. 603; Wollstr. 604; Wollstr. 605; Wollstr. 606; Wollstr. 607; Wollstr. 608; Wollstr. 609; Wollstr. 610; Wollstr. 611; Wollstr. 612; Wollstr. 613; Wollstr. 614; Wollstr. 615; Wollstr. 616; Wollstr. 617; Wollstr. 618; Wollstr. 619; Wollstr. 620; Wollstr. 621; Wollstr. 622; Wollstr. 623; Wollstr. 624; Wollstr. 625; Wollstr. 626; Wollstr. 627; Wollstr. 628; Wollstr. 629; Wollstr. 630; Wollstr. 631; Wollstr. 632; Wollstr. 633; Wollstr. 634; Wollstr. 635; Wollstr. 636; Wollstr. 637; Wollstr. 638; Wollstr. 639; Wollstr. 640; Wollstr. 641; Wollstr. 642; Wollstr. 643; Wollstr. 644; Wollstr. 645; Wollstr. 646; Wollstr. 647; Wollstr. 648; Wollstr. 649; Wollstr. 650; Wollstr. 651; Wollstr. 652; Wollstr. 653; Wollstr. 654; Wollstr. 655; Wollstr. 656; Wollstr. 657; Wollstr. 658; Wollstr. 659; Wollstr. 660; Wollstr. 661; Wollstr. 662; Wollstr. 663; Wollstr. 664; Wollstr. 665; Wollstr. 666; Wollstr. 667; Wollstr. 668; Wollstr. 669; Wollstr. 670; Wollstr. 671; Wollstr. 672; Wollstr. 673; Wollstr. 674; Wollstr. 675; Wollstr. 676; Wollstr. 677; Wollstr. 678; Wollstr. 679; Wollstr. 680; Wollstr. 681; Wollstr. 682; Wollstr. 683; Wollstr. 684; Wollstr. 685; Wollstr. 686; Wollstr. 687; Wollstr. 688; Wollstr. 689; Wollstr. 690; Wollstr. 691; Wollstr. 692; Wollstr. 693; Wollstr. 694; Wollstr. 695; Wollstr. 696; Wollstr. 697; Wollstr. 698; Wollstr. 699; Wollstr. 700; Wollstr. 701; Wollstr. 702; Wollstr. 703; Wollstr. 704; Wollstr. 705; Wollstr. 706; Wollstr. 707; Wollstr. 708; Wollstr. 709; Wollstr. 710; Wollstr. 711; Wollstr. 712; Wollstr. 713; Wollstr. 714; Wollstr. 715; Wollstr. 716; Wollstr. 717; Wollstr. 718; Wollstr. 719; Wollstr. 720; Wollstr. 721; Wollstr. 722; Wollstr. 723; Wollstr. 724; Wollstr. 725; Wollstr. 726; Wollstr. 727; Wollstr. 728; Wollstr. 729; Wollstr. 730; Wollstr. 731; Wollstr. 732; Wollstr. 733; Wollstr. 734; Wollstr. 735; Wollstr. 736; Wollstr. 737; Wollstr. 738; Wollstr. 739; Wollstr. 740; Wollstr. 741; Wollstr. 742; Wollstr. 743; Wollstr. 744; Wollstr. 745; Wollstr. 746; Wollstr. 747; Wollstr. 748; Wollstr. 749; Wollstr. 750; Wollstr. 751; Wollstr. 752; Wollstr. 753; Wollstr. 754; Wollstr. 755; Wollstr. 756; Wollstr. 757; Wollstr. 758; Wollstr. 759; Wollstr. 760; Wollstr. 761; Wollstr. 762; Wollstr. 763; Wollstr. 764; Wollstr. 765; Wollstr. 766; Wollstr. 767; Wollstr. 768; Wollstr. 769; Wollstr. 770; Wollstr. 771; Wollstr. 772; Wollstr. 773; Wollstr. 774; Wollstr. 775; Wollstr. 776; Wollstr. 777; Wollstr. 778; Wollstr. 779; Wollstr. 780; Wollstr. 781; Wollstr. 782; Wollstr. 783; Wollstr. 784; Wollstr. 785; Wollstr. 786; Wollstr. 787; Wollstr. 788; Wollstr. 789; Wollstr. 790; Wollstr. 791; Wollstr. 792; Wollstr. 793; Wollstr. 794; Wollstr. 795; Wollstr. 796; Wollstr. 797; Wollstr. 798; Wollstr. 799; Wollstr. 800; Wollstr. 801; Wollstr. 802; Wollstr. 803; Wollstr. 804; Wollstr. 805; Wollstr. 806; Wollstr. 807; Wollstr. 808; Wollstr. 809; Wollstr. 810; Wollstr. 811; Wollstr. 812; Wollstr. 813; Wollstr. 814; Wollstr. 815; Wollstr. 816; Wollstr. 817; Wollstr. 818; Wollstr. 819; Wollstr. 820; Wollstr. 821; Wollstr. 822; Wollstr. 823; Wollstr. 824; Wollstr. 825; Wollstr. 826; Wollstr. 827; Wollstr. 828; Wollstr. 829; Wollstr. 830; Wollstr. 831; Wollstr. 832; Wollstr. 833; Wollstr. 834; Wollstr. 835; Wollstr. 836; Wollstr. 837; Wollstr. 838; Wollstr. 839; Wollstr. 840; Wollstr. 841; Wollstr. 842; Wollstr. 843; Wollstr. 844; Wollstr. 845; Wollstr. 846; Wollstr. 847; Wollstr. 848; Wollstr. 849; Wollstr. 850; Wollstr. 851; Wollstr. 852; Wollstr. 853; Wollstr. 854; Wollstr. 855; Wollstr. 856; Wollstr. 857; Wollstr. 858; Wollstr. 859; Wollstr. 860; Wollstr. 861; Wollstr. 862; Wollstr. 863; Wollstr. 864; Wollstr. 865; Wollstr. 866; Wollstr. 867; Wollstr. 868; Wollstr. 869; Wollstr. 870; Wollstr. 871; Wollstr. 872; Wollstr. 873; Wollstr. 874; Wollstr. 875; Wollstr. 876; Wollstr. 877; Wollstr. 878; Wollstr. 879; Wollstr. 880; Wollstr. 881; Wollstr. 882; Wollstr. 883; Wollstr. 884; Wollstr. 885; Wollstr. 886; Wollstr. 887; Wollstr. 888; Wollstr. 889; Wollstr. 890; Wollstr. 891; Wollstr. 892; Wollstr. 893; Wollstr. 894; Wollstr. 895; Wollstr. 896; Wollstr. 897; Wollstr. 898; Wollstr. 899; Wollstr. 900; Wollstr. 901; Wollstr. 902; Wollstr. 903; Wollstr. 904; Wollstr. 905; Wollstr. 906; Wollstr. 907; Wollstr. 908; Wollstr. 909; Wollstr. 910; Wollstr. 911; Wollstr. 912; Wollstr. 913; Wollstr. 914; Wollstr. 915; Wollstr. 916; Wollstr. 917; Wollstr. 918; Wollstr. 919; Wollstr. 920; Wollstr. 921; Wollstr. 922; Wollstr. 923; Wollstr. 924; Wollstr. 925; Wollstr. 926; Wollstr. 927; Wollstr. 928; Wollstr. 929; Wollstr. 930; Wollstr. 931; Wollstr. 932; Wollstr. 933; Wollstr. 934; Wollstr. 935; Wollstr. 936; Wollstr. 937; Wollstr. 938; Wollstr. 939; Wollstr. 940; Wollstr. 941; Wollstr. 942; Wollstr. 943; Wollstr. 944; Wollstr. 945; Wollstr. 946; Wollstr. 947; Wollstr. 948; Wollstr. 949; Wollstr. 950; Wollstr. 951; Wollstr. 952; Wollstr. 953; Wollstr. 954; Wollstr. 955; Wollstr. 956; Wollstr. 957; Wollstr. 958; Wollstr. 959; Wollstr. 960; Wollstr. 961; Wollstr. 962; Wollstr. 963; Wollstr. 964; Wollstr. 965; Wollstr. 966; Wollstr. 967; Wollstr. 968; Wollstr. 969; Wollstr. 970; Wollstr. 971; Wollstr. 972; Wollstr. 973; Wollstr. 974; Wollstr. 975; Wollstr. 976; Wollstr. 977; Wollstr. 978; Wollstr. 979; Wollstr. 980; Wollstr. 981; Wollstr. 982; Wollstr. 983; Wollstr. 984; Wollstr. 985; Wollstr. 986; Wollstr. 987; Wollstr. 988; Wollstr. 989; Wollstr. 990; Wollstr. 991; Wollstr. 992; Wollstr. 993; Wollstr. 994; Wollstr. 995; Wollstr. 996; Wollstr. 997; Wollstr. 998; Wollstr. 999; Wollstr. 1000; Wollstr. 1001; Wollstr. 1002; Wollstr. 1003; Wollstr. 1004; Wollstr. 1005; Wollstr. 1006; Wollstr. 1007; Wollstr. 1008; Wollstr. 1009; Wollstr. 1010; Wollstr. 1011; Wollstr. 1012; Wollstr. 1013; Wollstr. 1014; Wollstr. 1015; Wollstr. 1016; Wollstr. 1017; Wollstr. 1018; Wollstr. 1019; Wollstr. 1020; Wollstr. 1021; Wollstr. 1022; Wollstr. 1023; Wollstr. 1024; Wollstr. 1025; Wollstr. 1026; Wollstr. 1027; Wollstr. 1028; Wollstr. 1029; Wollstr. 1030; Wollstr. 1031; Wollstr. 1032; Wollstr. 1033; Wollstr. 1034; Wollstr. 1035; Wollstr. 1036; Wollstr. 1037; Wollstr. 1038; Wollstr. 1039; Wollstr. 1040; Wollstr. 1041; Wollstr. 1042; Wollstr. 1043; Wollstr. 1044; Wollstr. 1045; Wollstr. 1046; Wollstr. 1047; Wollstr. 1048; Wollstr. 1049; Wollstr. 1050; Wollstr. 1051; Wollstr. 1052; Wollstr. 1053; Wollstr. 1054; Wollstr. 1055; Wollstr. 1056; Wollstr. 1057; Wollstr. 1058; Wollstr. 1059; Wollstr. 1060; Wollstr. 1061; Wollstr. 1062; Wollstr. 1063; Wollstr. 1064; Wollstr. 1065; Wollstr. 1066; Wollstr. 1067; Wollstr. 1068; Wollstr. 1069; Wollstr. 1070; Wollstr. 1071; Wollstr.